



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerh. pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Exp.-Off.: Herrstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 9. Mittag-Ausgabe.

Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 6. Januar 1877.

## Deutschland.

**Berlin, 5. Januar.** [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Landkallmeister Grafen von Lehndorff zu Grätz im Kreise Vorpommern den Orden der Ehrenkammer dritter Klasse mit der Schleife; den Geheimen Kriegsrathen Kreidel und Volkmann im Kriegs-Ministerium, dem Probianmeister von der Mark zu Coblenz, dem Gerichts- und Depositions-Kassen-Inspektor, Rechnungsrath Neichel zu Querfurt und dem Kreisgerichts-Sekretär und Kanzlei-Director, Kanzlei-Rath Conrad zu Landau den Orden der Ehrenkammer dritter Klasse; dem Major Bodtke und dem Geheimen Rechnungsrath Riese, beide im Kriegs-Ministerium, den Königlich-Kronen-Orden dritter Klasse; dem Rentier Schmerbach zu Neustadt-Eberswalde den Königlich-Kronen-Orden dritter Klasse; dem Steuerassessor Steiner zu Neustadt a. O. und dem Gemeindevorsteher Weigel zu Domnau im Kreise Schweidnitz das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem I. Syndicus der Schlesischen General-Landeschafts-Direction, Justiz-Rath Gubner zu Breslau, den Charakter als Geheimen Regierungsrath, und dem Landes-Deconomie-Commissär Friedrich Wilhelm Wittig zu Eyle den Charakter als Deconomie-Commissions-Rath verliehen.

Der seitherige zweite Secretär bei der Kaiserlichen Botschaft in St. Petersburg, Graf von Wartensleben ist als Legations-Secretär an die Königlich-Sächsische Gesandtschaft in Stuttgart, und der seitherige Secretär bei der Kaiserlichen Gesandtschaft in Lissabon, Graf zu Hatzfeld, als Legations-Secretär an die Königlich-Sächsische Gesandtschaft in München versetzt worden. — Der Königlich-Sächsische Wasser-Bauinspector Heinrich Wilhelm Hartmann zu Wesel ist in gleicher Amtseigenschaft nach Düsseldorf; der Königlich-Sächsische Wasser-Bauinspector Julius Schlichting zu Lüttich in gleicher Amtseigenschaft nach Wesel; und der Königlich-Kreis-Bauinspector Friedrich Langbein zu Kassel, Regierungsbezirk Königsberg, in gleicher Amtseigenschaft nach Conitz in Westpreußen versetzt worden.

Es sind verlegt: der Kreisgerichts-Rath Feske in Schönlanke an das Kreisgericht in Gnesen, der Kreisgerichts-Rath Steinberg in Aken an das Kreisgericht in Salzwedel, der Kreisrichter Pfeiffer in Bischofsheim und der Kreisrichter Knorr in Dirschau an das Kreisgericht in Lohr, der Kreisrichter Pohl in Waffow an das Kreisgericht in Berlin mit der Function bei der Gerichts-Deputation in Charlottenburg und der Kreisrichter Drache in Börgen an das Kreisgericht in Erfurt. — Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Gerichts-Meffor Eichhorn bei dem Kreisgericht in Angermünde, mit der Function bei der Gerichts-Deputation in Schwedt; der Gerichts-Meffor Lant und der Gerichts-Meffor Weber bei dem Kreisgericht in Neuthein D.-S. und der Gerichts-Meffor Freiherr von Nordenflicht bei dem Kreisgericht in Rastenburg, der Gerichts-Meffor Clauswitz bei dem Kreisgericht in Völsberg und der Gerichts-Meffor Bierhaus bei dem Kreisgericht in Kassel. — Der Gerichts-Meffor Haas ist zum Friedensrichter bei dem Friedensgericht in Wegberg ernannt. — Dem Kreisgerichts-Rath Gellern in Minden ist die nachgeordnete Dienstentlassung mit Pension ertheilt. — Der Stadtgerichts-Rath Lefschel in Berlin ist gestorben. — Die Vernehmung des Staatsanwalts Seyffarth in Pörlberg an das Kreisgericht in Lüttich ist auf seinen Antrag zurückgenommen, dagegen der Staatsanwalt Tschow in Syd an die Staatsanwaltschaft der Kreisgerichte Lüttich, Hildesheim, Kaufbeuren und Nagant, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Lüttich, verlegt. — Der Obergerichts-Meffor von Weibom ist zum Substituten des Kron-Anwalts bei dem Obergericht in Hannover ernannt.

**Berlin, 5. Jan.** [Se. Majestät der Kaiser und Königin] hörten heute die gewöhnlichen Vorträge und empfingen im Laufe des Tages den Herzog Eugen von Württemberg, Königlich-Sächsische General-Adjutanten, commandirenden General des IX. Armee-Corps, General der Infanterie v. Treßow, und den Flügel-Adjutanten, Militärbevollmächtigten in München, Major v. Stülpnagel.

Beide Kaiserliche Majestäten empfingen heute Se. Königlich-Sächsische den Herzog Eugen Erdmann von Württemberg und besuchten gestern Abend das französische Theater.

[Se. Kaiserliche und Königlich-Sächsische Majestät der Kronprinz] empfing gestern Mittags um 12 Uhr den Major und Flügel-Adjutanten v. Stülpnagel. — Abends von 7½ Uhr ab wohnte Höchstdieselbe der französischen Theater-Vorstellung im Saaltheater des Königl. Schauspielhauses bei.

**Berlin, 5. Jan.** [Die Umzugskosten der Beamten.] — Das Unterrichtsgesetz. — Der Bürgermeister in Metz. — Dementi. — Unter den Vorlagen für die Landtagsession befindet sich der Gesetzentwurf über die Umzugskosten der Beamten. Hiesige Correspondenzen besprechen den bevorstehenden Abschluß der Arbeiten über das Unterrichtsgesetz und bemerken dazu, daß dieselben sich den früheren Schätzungen zuwider in das neue Jahr ausgedehnt hätten. An dieser Stelle ist immer jenen Schätzungen gegenüber festgehalten worden, daß man dieselben in unterrichteten Kreisen nicht theile. Derjenige Theil des Unterrichtsgesetzes, welcher noch berathen wird, nämlich der über die Kosten der Volksschule, ist der schwierigste und umfänglichste, und kein Kundiger hat den raschen Abschluß desselben für möglich gehalten. Nach erfolgter vorläufiger Feststellung im Cultus-Ministerium werden erst die schriftlichen und commissarischen Verhandlungen mit den übrigen beteiligten Ressorts beginnen und dann erst die Beratungen des Staatsministeriums folgen, die bei den besonderen Gesichtspunkten, von denen aus namentlich der Minister des Innern und der Finanzminister die Frage behandeln müssen, so schwieriger Natur sind, wie kaum bei einem anderen Gesetze. Bei aller Energie, welche sowohl der Minister Falk selber, als auch die Directoren und Räte auf die Arbeit verwenden, darf es schon als ein bedeutender Erfolg betrachtet werden, wenn der Entwurf bis zur nächsten Herbstsession fertig gestellt werden kann. — Die Nichtbestätigung des von Gemeinderath zu Metz wiedergewählten Bürgermeisters Bezanson wird ohne Zweifel in den Reichslanden viel Aufsehen machen. Jeder Besonnene wird anerkennen, daß die Regierung sich und der Reichsautorität es schuldig war, die Wiederwahl eines Mannes nicht zu bestätigen, unter dessen Leitung der Metz Magistrat sich in so entschiedenen Gegensatz zu den persönlichen Schritten der Regierung gesetzt hat. Die Bestätigung der Wiederwahl wäre eine nicht zu rechtfertigende Schwäche gewesen. — Die „Köln. Zig.“ enthält eine wunderliche Notiz über die vom Kaiser von Rußland angeblich beabsichtigte Ernennung des Feldmarschalls von Manteuffel zum Oberbefehlshaber der gegen die Türkei operirenden Armee. Selbstverständlich beruht die Geschichte ausschließlich auf der Phantasie des Erzählers. Abgesehen davon, daß der Kaiser von Rußland keine Armee nicht so ins Gesicht schlagen wird, einen Feldherrn aus dem Auslande zu verschreiben, so wäre es schon undenkbar, daß der Kaiser sich direct an v. Manteuffel gewandt hätte, wie die „Köln. Zig.“ erzählt, statt zunächst an unsern Kaiser.

**Berlin, 5. Jan.** [Die Reichstags-Session.] — Die Steuern. — Das Unterrichtsgesetz. — Das Reichsjustizamt. — Der türkische Botschafter. — Der Oberpräsident von Schlesien. — Angesichts der zu erwartenden knapp bemessenen Reichstagsession darf man darauf gespannt sein, ob und in wie weit

es zur Lösung der wichtigen finanziellen Fragen in derselben wird kommen können, deren Austragung immer mehr zu einer unabwendbaren Nothwendigkeit wird. Die Herabsetzung der Matrikularbeiträge ist immer noch im Auge behalten, ja wie man hört, hätten die Kleinstaaten ihre früheren darauf gerichteten Wünsche in neuerer Zeit wiederholt. Bekanntlich ging man schon vor Jahr und Tag mit dem Plane um, gewisse Stempelsteuern auf das Reich zu übertragen; andere Projecte sind in Anregung gekommen, waren aber unter Hinweis auf die dringenderen Aufgaben, namentlich gegenüber den Justizgesetzen, vertagt worden. Bis vor Kurzem war davon die Rede, daß der Bundesrath bei seinem Wiederzusammentritt mit diesen Dingen befaßt werden sollte. Die Verathung über den Reichshaushaltsetat wird das Zurückgreifen auf diese Fragen wohl nahe legen, über welche indessen auch innerhalb des Bundesrathes z. B. noch große Meinungsverschiedenheit herrscht. — Im Cultus-Ministerium finden jetzt tagtäglich Beratungen über das Unterrichtsgesetz statt, welche um 10 Uhr früh beginnen und oft bis 4 Uhr Nachmittags andauern. Es scheint, daß die Arbeiten in der nächsten Zeit soweit gefördert werden sollen, daß es dem Cultusminister ermöglicht wird, dem Abgeordnetenhaus in der bevorstehenden Session eine vollständige Uebersicht über ihren Verlauf und nahen Abschluß zu geben. Bekanntlich erübrigt nach dem letzteren noch eine Vereinbarung mit dem Finanzminister über den finanziellen Theil der Ausführung; es ist dies noch eine sehr erhebliche Arbeit, gleichwohl hofft man zu ermöglichen, daß es gelingen wird, das Unterrichtsgesetz in der Herbstsession des Landtages einzubringen. — Das neue Reichsjustizamt ist vollaus mit seiner Constituirung, Regelung des Geschäftsganges, Vertheilung der Decernate u. beschäftigt. Die Ernennung des Geh. Rathes Hanauer zum Director als Nachfolger des Herrn v. Amsberg ist bereits erfolgt. Unsere Mittheilungen, wonach sich das Amt zunächst mit den Arbeiten zur Ergänzung der Justizgesetze zu beschäftigen haben sollte, gewinnen volle Bestätigung. — Ueber die Genehmigkeit des diesseitigen Cabinets bez. des zum türkischen Botschafter für Berlin designirten Khalil Sherif Pascha ist, wie man hört, gegen das sonstige Herkommen hier noch keine Anfrage erfolgt. Die Nachricht von dieser Ernennung hat hier nicht sehr angenehm berührt. Khalil Pascha war z. B. Botschafter bei Louis Napoleon und machte dort durch seine Extravaganzen in unliebsamer Weise von sich reden. Später war er Botschafter in Petersburg und Wien und war zuletzt im Vordergrund der Verschwörung, welche zur Entthronung des Sultan Abdul Aziz führte; schon die Abberufung Edhem Pascha's hatte hier verstimmt. — Eine Ernennung für den durch den Rücktritt des Grafen Arnim-Boitzenburg vacanten Posten eines Oberpräsidenten der Provinz Schlesien dürfte sich wohl noch etwas verzögern. Der Bezirkspräsident in Lothringen, Herr v. Puttkamer, welcher dafür genannt ist, scheint in seiner jetzigen Stelle noch nicht gemißt werden zu können.

[Marine.] Einer soeben eingegangenen brieflichen Nachricht zufolge sind die von Sr. Majestät Schiff „Hertha“ ausgefahnen und nach der Heimath intradirten Seecadetten am 10. November 1876 in Sidney eingetroffen und haben von dort aus die Heimreise fortgesetzt.

**Memel, 4. Jan.** [Graf Moltke.] Die auch von uns übernommene Mittheilung, daß Feldmarschall Graf Moltke kein Reichstagsmandat mehr annehmen wolle, bestätigt sich nicht. Der Landrath des Memeler Kreises erklärt wie der „Graudenz. Gesellige“ constatirt, ausdrücklich, daß Graf Moltke wieder als conservativer Candidat des Wahlkreises Memel-Heidenburg auftreten werde.

**Dortmund, 4. Jan.** [Abgeordneter Berger über die Socialdemokratie.] Der Vorstand des hiesigen social-demokratischen Arbeiter-Wahlvereins hatte kürzlich an unsern Reichstags-Abgeordneten Herrn Berger aus Anlaß der Nachricht, daß letzterer am 7. Januar seinen Wählern Bericht über seine parlamentarische Thätigkeit erstatten wolle, das Ersuchen gerichtet, in jener Versammlung auch den socialistischen Parteiführern die Theilnahme an der Discussion gestatten zu wollen. Hierauf hat laut der „Barm. Zig.“ Berger dem Vorsitzenden des Arbeiter-Vereins folgendes geantwortet:

„Berlin, 30. Decr. 1876. Geehrter Herr Schröder! Nach Rücksprache mit den Vertrauensmännern der liberalen Partei des Kreises Dortmund erwidere ich auf das gest. Schreiben vom 18. d. M., daß diese ich in Uebereinstimmung mit mir nicht für zweckmäßig erachten können, den Anhängern der socialdemokratischen Partei den Zutritt zu den Wählerversammlungen der liberalen Partei und die Theilnahme an den betreffenden Verhandlungen zu gestatten. Die Grundanschauungen, Ziele und Mittel Ihrer Partei sind den unfreigen zu sehr entgegengekehrt, als daß ein sogenannter Meinungsaustrausch irgend einen Nutzen verspräche. Die liberale Partei will die Grundlagen der heutigen Gesellschaft erhalten, die Fehler und Mängel unserer Gesellschaft in ruhiger Entwiklung und im freiesittlichen Sinne verbessern, die Interessen aller Klassen der Bevölkerung gleichmäßig wahren und innerhalb derselben die vorhandenen Gegensätze ausgleichen. Ihre Partei wünscht ausgesprochener Maffen die Zerstörung der heutigen Gesellschaftsgrundlagen, schärft die Klassengegensätze und schürt den Klassenhaß, — Ziele und Mittel, die unabänderlich zur Auflösung aller Ordnung und schließlich zum Bürgerkrieg treiben müssen. Die liberale, wie alle anderen jetzt bestehenden Parteien, sind demgemäß unversöhnliche Gegner der Socialdemokratie, und es erscheint ganz zwecklos, diese notorische Gegnerschaft öffentlich noch weiter darzulegen. Ein Ausgleich zwischen den Parteien, denen Sie und ich angehören, ist unmöglich. Indem ich anheimstelle, dies Ihren Auftraggebern mitzutheilen, zeichne ich achtungsvoll Berger (Witten).“

**Stuttgart, 4. Jan.** [Der Herzog Eugen von Württemberg] (Gemahel der Großfürstin Vera, von dem es früher hieß, daß er nach Breslau übersiedeln werde) ist nach Düsseldorf abgereist, um daselbst das ihm übertragene Commando als etatsmäßiger Stabschef des 2. Westfälischen Husaren-Regiments Nr. 11 zu übernehmen.

**Metz, 4. Januar.** [Bürgermeister Bezanson.] Das neue Jahr brachte uns eine in die städtischen Verhältnisse tief einschneidende, aber nicht unerwartete Neuerung: der bisherige Bürgermeister Bezanson ist seines Amtes entbunden und der Kreis-Director des Landkreises Metz, v. Freyberg, zum Bürgermeisterei-Verwalter eingesetzt worden. Die nächste Folge dieser Maßregel wird nach dem Vorgange Straßburgs wahrscheinlich die Abdankung des Gemeinderaths sein, da diese zum größten Theil der Protestpartei angehörige Versammlung sich schwerlich herbeilassen wird, unter einem deutschen Beamten ihre Functionen weiter auszuüben. So sehr nun auch vom liberalen Standpunkt aus eine derartige Maßregel, durch welche die Selbstverwaltung der Stadt wenigstens zeitweise aufgehoben wird, zu beklagen ist, so ist dieselbe doch im besonderen Interesse der Stadt Metz freudig zu begrüßen, indem erwiesenermaßen die bisherige städtische Verwaltung den wünschenden Absichten der Regierung stets Hindernisse entgegenstellte, worunter das

materielle Wohl der Stadt und ihrer Bewohner offenbar großen Schaden erlitt. Mit der Entfernung des Bürgermeisters Bezanson und seiner Anhänger aus der städtischen Verwaltung verliert die Protestpartei ihre kräftigste und vielleicht einzige Stütze; die gemäßigten Elemente der einheimischen Bevölkerung werden eine ersprießlichere Thätigkeit als bisher entfalten können, und Mancher, der sich aus Scheu vor den städtischen Gewaltthätern bis jetzt zurückhielt, wird seine bis dahin nur im Geheimen gehegte Meinung offen bekennen und die Zahl der Gemäßigten vergrößern. Daß sich schon bei der bevorstehenden Reichstagswahl die Wirkung der von der Regierung jetzt endlich getroffenen Maßregel zeigen sollte, ist wohl nicht zu erwarten: bei den nächsten Bezirkswahlen dürfte sich indeß dieselbe schon fühlbar machen. Vorläufig steht aber Eins fest: das materielle Wohl unserer Stadt kann durch die Neuerung nur gewinnen.

## Schweiz.

**Graubünden, 28. Decr.** [Rücktritt des Bischofs von Chur.] Einmaliges Aufsehen, schreibt man der „N. Z.-Ztg.“, hat hier die für das Publikum plötzlich eingetretene Resignation des greisen Bischofs Florentini erregt. Man dachte anfangs an das hohe Alter des Kirchenfürsten und brachte den Rücktritt direct mit diesem Umstande in Verbindung. Später tauchten andere Ansichten auf, die von Intriguen zu Gunsten eines ganz strengen, echt vaticanischen Ultramontanismus im bischöflichen Palais sprachen. Daß der „Alte“ in gewissen Kreisen als „starrköpfig“ oder „starrsinnig“ galt, wurde vielfach behauptet. Es scheint in der That, daß die Resignation des Herrn Florentini in Rom willkommener gewesen sei, als seiner Zeit seine Wahl, welche vom Papste erst nach vier Monaten sanctionirt wurde. Schon die Wahl des Bischofs Florentini war ein Act der Pacificirung. Der alte Parteigeist zwischen den Domherren aus dem Oberhalbstein und dem Oberland hatte den Wahlkörper in zwei gleiche Theile getrennt. Nach mehreren Scrutiniis, in welchen die Herren Dompropst Riech und Domcantor Demont auf der Schwaibe waren, kam plötzlich der göttliche Geist der Einigung über die Versammlung und Domdecan Florentini wurde fast einstimmig gewählt. Seine friedliche Inauguration hat sein künftiges Regime signalisirt. Während in allen anderen Bistümern der Schweiz in den letzten Jahren der confessionelle Friede fast fortwährend mehr oder weniger gestört wurde, herrschte im Bisthum Chur zwischen den weltlichen und kirchlichen Behörden gute Eintracht. Die Revolution gegen den Staat, welche heutzutage unter dem Titel der wahren Religion so sehr verbreitet wird, hat Florentini nicht blühen lassen.

## Frankreich.

**Paris, 3. Jan., Abends.** [Zur orientalischen Crisis.] — Die Mission Odian Effendi's. — Parlamentarisches und Ministerielles. — Clericales. — Gambetta.] Man commentirt hier auf's Eifrigste die Telegramme aus dem Orient, aber die Situation wird dadurch nicht klarer; im Gegentheil; je nach ihrer vorgefaßten Meinung lesen die Optimisten und die Pessimisten aus jenen Depeschen die Wahrscheinlichkeit einer friedlichen Lösung oder eines Abbruchs der diplomatischen Unterhandlungen heraus. Das Vernünftigste wird sein, abzuwarten, da erst morgen die Bevollmächtigten der Türkei ihren Collegen in der Conferenz die Antwort der Pforte auf die gemeinsamen Vorschläge Europas ertheilen werden. Inzwischen bleiben alle Vermuthungen gestattet und die hiesige Börse ist denn auch heute wieder ihrer alten Tendenz, die Dinge im günstigsten Lichte zu sehen, gefolgt. Sie will nicht glauben, daß die Türkei, von England verlassen, mit dem Widerstand gegen den Willen der Mächte Ernst machen werde. Um so weniger will sie das glauben, als, wie man erzählt, der türkische Bevollmächtigte Odian Effendi, der nach Paris und London gekommen, nicht um die Finanzreformen anzubahnen, sondern um eine neue Anleihe zu negociiren, mit seinem Vorhaben vollständig gefestigt ist. Die „France“ beschuldigt die türkische Regierung, die Mission Odian Effendi's mit allerlei verwerflichen Künsten ins Werk gesetzt zu haben. Vom Augenblick seiner Abreise an sei die Uebermittlung aller Depeschen von Konstantinopel verhindert worden, damit ihm Zeit bliebe, Paris zu erreichen und einen großen finanziellen Streich zu führen, so lange noch die Finanzmänner unter der unmittelbaren Wirkung der Nachricht von der Verlängerung des Waffenstillstandes sich befänden. — Der zweifelhafte Unterredung des Fürsten Orloff mit Jules Simon, von welcher gestern Abend so viel Aufsehen gemacht wurde, wird ein ganz privater Charakter zugeschrieben. Auch in dem heutigen Ministerrath in Elysee scheint von der orientalischen Krise nur beiläufig die Rede gewesen zu sein; der Duc Decazes soll sich aber nicht im günstigsten Sinne über die Haltung der Türkei ausgesprochen haben. Den größten Theil der Berathung füllte, wie es heißt, die Prüfung des von J. Simon vorbereiteten Präfectenraths, der am Sonnabend durch das Amtsblatt bekannt gemacht werden wird. Der Conseilpräsident beschränkt sich auf die Entfernung einiger weniger (5 oder 6) besonders compromittirten Präfecten; er beabsichtigt keine „Beamten-Hebamme“. Hiermit in Verbindung steht der dem Ehrender Präfecten Welche zugegangene Befehl, die Verwaltung seines Departements von den mislieblichsten Bonapartisten zu säubern. Eine Botschaft wird bei der Eröffnung der parlamentarischen Session nicht verlesen werden. Man verhandelt schon über die im Senat bevorstehende Präsidentenwahl. Die Wiederwahl d'Audiffret-Pasquier's ist nicht zweifelhaft; nur einige Heißsporne der Rechten sind auf die Idee gekommen, Buffet die Candidatur anzubieten, welche dieser aber wohlweislich abgelehnt hat. Die in der oberen Kammer am Schluß der Session hervorgetretene verhältnißliche Stimmung dauert noch fort. So ist das rechte Centrum, soweit sich aus den Erklärungen der hier anwesenden Mitglieder schließen läßt, bereit, an Stelle des in's Cabinet übergetretenen Martel wieder ein Mitglied des linken Centrums, den Grafen Rampon, zum ersten Vicepräsidenten zu wählen und sich dankbar dafür zu erzeigen, daß das linke Centrum in der Budgetfrage mit der Rechten gestimmt hat. — Die Clericalen gehen mit dem Plane um, abermals eine katholische Facultät, und zwar in Besancon zu errichten. Der schwache Erfolg der bisherigen Anhalten dieser Art hat sie nicht abgeschreckt. In der hiesigen Genovera-Kirche hat gestern die neuntägige Andacht zu Ehren der Schutzpatronin von Paris begonnen. Wie üblich, sind auf dem Kirchplatz Buden errichtet, in welchen man geweihte Gegenstände aller Art verkauft. Des Regenswetters wegen wohnte nur eine geringe Menschenmenge den Eröffnungsfeierlichkeiten bei. Es werden täglich drei Messen gelesen, doch besteht der Glanzpunkt des Festes in der Ausstellung der Reliquien der h. Genovera, welche am Sonntag stattfindet. Im Laufe der neuntägigen Andacht wallfahrten sämtliche Pariser Pfarreien nach Saint-Etienne-du-Mont, wo die Reliquien aufbewahrt sind. — Aus Madrid wird geschrieben, daß man Gambetta daselbst erwartet. Er hält sich augenblicklich in Nizza auf.



Paris, 4. Jan. [Die „Republique française“ über die Präsidentenbotschaft. — Der Marineminister. — Das Waddington'sche Universitätsgesetz. — Die Begnadigungen. — Die Verspätung der türkischen Depeschen. — Volkszählung.] Ist eine Präsidentenbotschaft bei Eröffnung der parlamentarischen Session wünschenswerth oder nicht? fragt sich heute die „Republique française.“ Nach längeren Erwägungen kommt sie zu dem Schlusse, daß der Conseilpräsident vielleicht nicht übel daran thäte, in einem officiellen Act bekannt zu machen, welche liberalen Reformen er zuerst ausführen will, daß aber auf keinen Fall die Botschaft erforderlich sei, um das Land und die republikanische Mehrheit von den guten Absichten und echt demokratischen Gesinnungen des Conseilpräsidenten zu überzeugen. Die Botschaften haben seit vier Jahren Niemanden Glück gebracht; einer Botschaft verdankt Thiers seinen Sturz. Diese Probestücke politischer Literatur sind unnütz, wenn sie nichts enthalten, wie es die Regel ist, und sie sind nicht ungefährlich, wenn sie ausnahmsweise Erklärungen enthalten, welche von den Parteien ausbeutet werden können. „Wir sagen also nicht, bemerkt das Gambetta'sche Blatt, daß die Botschaft nothwendig ist. Offenbar kann die Regierung auf sie verzichten und wir werden uns wohl hüten, diesen Verzicht zu tadeln. Aber wenn man sich entscheidet, von dem Präsidenten der Republik eine öffentliche Kundgebung, eine Billigung der Politik seines neuen Cabinets zu verlangen, und wenn diese Politik einen vollkommen klaren Ausdruck findet, so werden wir in dieser ethischen, entscheidenden Manifestation wahre Vortheile sehen. Um nichts zu verbergen: wir würden einen guten Präfectenhub vorziehen; wir würden vorziehen, daß man an die Spitze der Verwaltung und der Gerichtshöfe Männer stelle, welche der Regierung und den Einrichtungen ihres Landes anfrichtig ergeben sind. Aber am Ende ist es nicht unmöglich, die Worte und die Handlungen in Einklang zu bringen, und wenn wir das Cabinet zugleich zu der Wahl seiner Beamten und zu seinen Erklärungen im Parlament zu beglückwünschen hätten, so ständen die Dinge aufs Beste, und die definitiv wiederhergestellte Mehrheit vom 20. Februar würde dem Minister des Innern nicht nur die Unterstützung durch ihre Abstammungen, sondern auch ihr volles Vertrauen gewähren. Alsdann würde das Cabinet vom 12. December seine Gewalt auf eine unerschütterliche Grundlage gebaut sehen.“ — Man versichert, daß der Marineminister Fourichon jetzt definitiv seine Entlassung gegeben hat und daß er nicht, wie es hieß, durch den Admiral Saureguiberry, sondern durch den Admiral Poissan ersetzt werden soll. Saureguiberry hat keine Lust, das Commando des Evolutionsgeschwaders, einen der beliebtesten Posten in der Flotte, aufzugeben. Der Unterrichtsminister Waddington wird in der bevorstehenden Session ein neues Gesetz über die Organisation der Universität vortragen, dem man Gutes nachsagt. Die jetzigen Bestimmungen über die Universität datiren noch aus 1808. Waddington will sein Project zuerst dem Senate unterbreiten, in der Hoffnung vielleicht, daß diese Versammlung wenn sie den Vortritt hat, sich milder erweisen werde als seinerzeit gegenüber dem großen Unterrichtsgesetz, das sie beinahe vollständig verworfen hat. — Die von Mac Mahon vollzogenen Begnadigungen werden nicht von allen Theilnehmern mit Enthusiasmus aufgenommen. Unter den Deportirten in Neu-Caledonien befinden sich manche, deren Deportation in 6- bis 8jährige Gefängnißstrafe, in Frankreich zu verbüßen, umgewandelt worden ist. Mehrere derselben haben sich in Noumea durch ihre gute Führung die Erlaubniß erworben, für sich selber zu arbeiten, und sie sind zu einer Stellung gelangt, welche sie im Mutterlande niemals hätten erwarten können. Man citirt z. B. einen einfachen Arbeiter, der in der Colonie mehr als 1000 Franken monatlich verdient. An den erwähnten Uebelstand hat vermutlich weder die Gnaden-Commission, noch die Regierung gedacht. — Der „Moniteur“ tritt in einer officiellen Note den Gerüchten über die absichtliche Verspätung gewisser Depeschen aus Konstantinopel entgegen. Der neue Waffenstillstand, sagt er, sei nach genauen Erkundigungen nicht am 28., sondern am 29. December abgeschlossen worden; es habe also nicht Auffallendes, daß man erst am 30. Kunde von ihm erhielt. — Die Pariser Volkszählung ist jetzt beendet. Bis zur Feststellung der genauen Resultate wird wohl noch einige Zeit vergehen, doch sagt man schon, daß seit der letzten Zählung vor 5 Jahren die Zahl der Einwohner von Paris sich um etwa 60,000 vermehrt habe.

\* Paris, 3. Januar. [Die Israeliten im Orient.] Die „Israelitische Allianz“ hat von Decazes folgenden Brief erhalten: Versailles, 29. Decr. Herr Senator Grémeur! Ich empfang das Exemplar der Adresse, welche die universelle israelitische Allianz der Konferenz in Konstantinopel zuzustellen beschloß, einen Band betitelt: „Lage der Israeliten in Serbien und Rumänien“, welchen Sie mir die Ehre erwiesen mitzutheilen, und den Brief, durch welchen Sie mich ersuchen, bei der Konferenz durch Vermittelung des Vizepräsidenten Frankreichs an der ottomanischen Pforte zu interveniren. Ich beileide mich, dem Herrn Grafen de Bourgoing Ihrem Wunsch gemäß zu schreiben, um Herrn Notter, den die universelle israelitische Allianz beauftragt, in ihrem Namen zu handeln, seiner wohlwollenden Aufnahme zu empfehlen. Die Gefühle der französischen Regierung betreffs der Fragen, die Sie beschäftigen, sind zu bekannt, so daß ich nicht hinzuzufügen brauche, daß die Unterstützung unserer Bevollmächtigten schon im Voraus den Israeliten im Orient bei den Beschwerden, deren Gegenstand Ihre Interessen und Rechte sein können, gesichert ist. Empfangen Sie u. s. w.

Ueber diesen Brief des Herzogs Decazes äußert das Organ des päpstlichen Nuntius, die „Union“: „Wir denken, die französische Diplomatie wird die Rolle, welche die orientalischen Israeliten, meistens Unterthanen oder Schützlinge Deutschlands, seit mehreren Jahren spielen, nicht außer Acht lassen. Den Absichten des Herrn v. Bismarck, der ihr natürlicher Beschützer ist, dienen sie mit zu viel Ausdauer und Thätigkeit; es liegt folglich den Vertretern Deutschlands ob, wenn sie es für zweckmäßig halten, bei der Pforte im Interesse dieser unermüdeten Pioniere der deutschen Idee zu interveniren.“

[Von römisch-katholischer Intoleranz] meldet die „Republique“ aus Nevers ein trauriges Beispiel: „Ein Artillerie-Parasitenführer starb vor ein paar Tagen im Hospital von Nevers, er war Protestant; der Pfarrer aus Sancerre wurde berufen, um dem Leichenbegängnisse vorzustehen. Allein das Spital verweigerte alle Anstalten zur Beerdigung, Leichenwagen, Leichenhut u. s. w., unter dem Vorwande, diese Gegenstände gehörten ausschließlich dem katholischen Cultus. Die Verwandten des Verstorbenen, die herbeigeeilt waren, um ihm die Augen zu schließen, mußten selber Hand anlegen, um ihn zu bestatten; es brauchte des Befehls des Bürgermeisters, um den Unternehmer des Leichenbegängnisses zu vermögen, einen Wagen zu leihen; dazu wurde noch der Wagen ganz nach hergegeben, und statt eines Leichenhutes mußte ein Bettuch genommen werden.“

### Spanien.

Madrid, 1. Jan. [Die gegenwärtige Lage Spaniens. — Die Beziehungen Spaniens zum Auslande, namentlich zu Deutschland.] Zwei Jahre, schreibt man der „R. Z.“, sind verflossen, seit Don Alfonso hier eintraf und den wankenden Thron seiner Ahnen bestieg, und noch ist weder eine Spur von Einkehr zu einem geordneten Staatsleben zu bemerken, noch sind die Hoffnungen auf Befestigung der constitutionellen Monarchie unter einem Bourbonen gestiegen. Die Schwierigkeiten, mit welchen Herr Canovas von Anfang der Restauration an zu kämpfen hatte, sind nach der Beendigung des Krieges noch fortwährend gewachsen. Canovas hat nichts gelernt und nichts vergessen. Er beurtheilt Spanien heute genau wie im Jahre 1854, er ignorirt die Revolution, verkennt und unterschätzt ihre Errungenschaften und die aus ihr hervorgegangenen Männer. Sein

Augenmerk ist auf die Moderados gerichtet, deren Bestrebungen er zwar während seines ganzen Lebens bekämpft hat, in denen er indessen ebenbürtige Gegner sieht, welchen man allein die Hand zum Compromiß bieten kann. Es wird Ihnen nicht entgangen sein, daß in der zweiten Periode der Cortes von 1876 Herr Pidal y Mon, den ich ehemals fast in jedem Briefe wegen seiner Angriffe auf das Ministerium erwähnen mußte, den Mund nicht aufgethan hat. Die Clericalen sind zwar nicht zufrieden, aber sie haben Muth und Vertrauen geschöpft. Der Wind bläst in ihre Segel, Rom läßt gewähren und hofft von der Zeit. Im Innern herrscht nicht weniger als Zufriedenheit, der Handel liegt wieder ganz darnieder, die Steuern sind drückend und die Corruption wuchert mehr als je zuvor. Unter der scheinbaren Erschlaffung der Bevölkerung glimmt der Docht der Revolution, des Umsturzes, glänzt das Licht der Republik, von der sich die Spanier mit Recht oder Unrecht allein Heil und Rettung versprechen. Im Norden hat die Regierung weder das seit Jahresfrist decretirte Tabaksmopol einzuführen gewagt, noch Recruten ausheben können. Sie erklährt sich nicht einmal, zu den Gemeinderathswahlen zu schreiten, so gering ist die Autorität ihrer Souveräne und die Macht ihres Befehlshabers. Im Süden ist man zum Aufstande stets bereit und in der Armee giebt es der Unzufriedenen eine ganze Menge. Sie werden mir antworten, was die Spanier denn eigentlich wollen. Meiner Ansicht nach müssen wir jedoch diese Nation eben nehmen wie sie ist und keinen anderen Maßstab als ihren eigenen an dieselbe anlegen. Wir müssen nun einmal, wohl oder übel, mit ihr rechnen und mit ihr leben. Canovas hat sich so mit der Dynastie identifizirt, daß eine große Menge von Leuten von Alfonso ohne ihn für unmöglich hält. Allenhalben begegnet man der Anschauung, daß sein Fall oder Sturz die Dynastie mit in den Abgrund ziehen würde. Die Beziehungen Spaniens zum Auslande, besonders zu England und Deutschland, sind so schlecht wie nur möglich. Die religiöse Frage tritt vor allen anderen in den Vordergrund. Spaniens Haltung bei einer ewigen Papstwahl ist unserer Regierung nicht gleichgiltig. Von deutscher Seite ist sogar mehr als einmal versucht worden, einen Druck in kirchlichen Angelegenheiten auszuüben, immer aber ist das Gegenheil von dem erreicht worden, was wir beabsichtigten. Die Colonialpolitik Spaniens beschäftigt uns mehr, als es auf den ersten Anblick gerechtfertigt erscheint. In Cuba haben wir allerdings vielfache Vergewaltigungen von deutschen Unterthanen zu beklagen gehabt. In der Nähe der Philippinen sind uns ein paar Schiffe weggenommen worden. Auf diesen letzteren Inseln liegt der Handel fast ganz in den Händen von Deutschen. Spanien exportirt dorthin gar nichts und bezieht von dort kaum mehr als Tabak für seine Regie. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir seine Herrschaft über gewisse Landesstriche in diesem Archipel vor einiger Zeit angefochten haben. Zu den meisten spanischen Parteien ist unser Verhältniß ein gutes. Unionisten, Centralisten, Constitutionelle und Radicale sind uns aufrichtig zugethan. Die Freundschaft der Republikaner wird uns in demselben Maße zu Theil, als Castelar bei denselben an Credit verliert.

### Provincial-Beitung.

H. Breslau, 5. Jan. [Wählerversammlung der Centrums-partei.] Die am 4. d. im Riechischen Saale stattgefundene, von etwa 2000 Personen besuchte Wahl-Versammlung wurde im Namen des Wahlcomitês der Centrums-partei vom Verlagsbuchhändler Görlisch eröffnet. Außer diesem wurden in das Bureau die Herren Kayser, Reichgreber, Hartkamp, Zahn und v. Jürkenmühl gewählt. — Nachdem der Vorsitzende, Buchhändler Görlisch, den Wahlaufsatz der Centrums-partei, welche für den Abgeordneten des Caplan Weinhold, für den Westpreußen den Grafen Vallasstrem als Reichstags-Candidaten aufgestellt, verlesen und mitgetheilt, daß das Wahlbureau der Centrums-partei sich im Vincenzhause befindet, betritt Dr. Hager unter lautem Beifall des Auditoriums die Tribüne, um ein Empfehlungswort für die beiden Centrums-Candidaten zu halten und den Nachweis zu führen, daß allein das Centrum für Wahrheit, Freiheit und Recht kämpfe. Unter Wahrheit versteht Dr. Hager die Religion, das positive Christenthum, alles was, den religiösen Geist in Deutschland seit länger als 1000 Jahren heimlich gewesen, die heiligen Rechte der historischen Religion und des historischen Christenthums, welche bisher in Preußen und Deutschland gegolten. Für diese Wahrheit wird, nachdem in unsern guten lieben Breslau alle andern Parteien heruntergewirtschaftet, so debucirt Dr. Hager weiter, nur noch von den Katholiken eingenommen. Zum Beweise dafür beleuchtet der Redner mit der ihm eigenen Komik die Organe der übrigen Parteien und findet, daß sie alle nichts taugen. Aus dieser Kritik heben wir folgende kleine, aber düstige Blumenlese, die sich, wie die wiederholten „Bravos“, „Sehr wahr“, „Vortrefflich“ zeigten, der lebhaften Zustimmung der Hörer erfreute. Die Organe der Fortschrittspartei, die „Breslauer Zeitung“ und die „Breslauer Morgenzeitung“, sind Herrn Dr. Hager ein wahrer Gräuel. Die „Breslauer Zeitung“ kümmert sich nicht um die wahre Religion und dient als Ablagerungsplatz für altschulischen, staatskirchlichen und was sonst immer für Dummheit. Ueber die „Breslauer Morgenzeitung“, fährt Dr. Hager fort, erspare ich mir etwas zu sagen. (Donnerder Beifall.) Die „Breslauer Morgenzeitung“ wird nicht den Ansprüchen erheben, eine Dienerin der historischen Wahrheit, des Glaubens an Gott Vater, Sohn und heiliger Geist zu sein.

Ich komme jetzt zur national-liberalen Partei und deren Organen. Daß die jüdische Presse, diese Schöpfung des Judenthums, sich nicht für das Christenthum echauffiren wird, läßt sich erwarten. Sie alle wissen, was die Schleifische Presse an Aufseindungen, Verhöhnungen und Verspottungen der christlichen Lehre leistet. Im Lager der National-liberalen werden wir auch unsere Candidaten, die für die Wahrheit zu kämpfen haben, nicht suchen können.

Die „Schleifische Zeitung“ ist ein nobles Blatt, sie hat freiconservative Annahmen und wird selbst von Katholiken in anständigen Häusern gehalten. Aber fragen wir: tritt die „Schleifische Zeitung“ für die Wahrheiten der Religion und der Kirche ein? — So lautet die Antwort: Nein, sie hat dazu nicht den Muth. Ich habe mir viel Mühe gegeben, zu sehen, wie die „Schleif. Zeitung“ darüber denkt. Ich habe oft gefragt, liebe „Schleifische Zeitung“, glaubst Du an Christus, als den wahren Sohn Gottes? Dieses Schweigen. Die „Schleif. Zeitung“ hat nicht den Muth, einzutreten für den Glauben an Christus, auch die Partei der „Schleif. Zeitung“ bietet uns keine Candidaten, welche der Wahrheit dienen. Uebrigens ist diese Partei auch auf dem Aussterbe-Etat. Der Dr. Alexander Meyer ist mit ein Paar Leuten doch wenigstens vorgetreten und hat Candidaten vorgeschlagen, Leute, die sich durch ihren Compromiß vor ganz Deutschland compromittirt. Die „Schleif. Presse“ hat doch wenigstens Farbe bekannt und das muß man anerkennen, auch die „Breslauer Zeitung“ und die „Breslauer Morgenzeitung“ haben doch eigene Candidaten aufgestellt, nur die „Schleif. Zeitung“ nicht. Sie ist einmal mit einem verkehrten Versuch herausgeplatzt, das war kein geschickter Zug, den Fürsten Bismarck zu empfehlen, es war das nebenbei eine redactionelle Blamage, da der Reichstagsler gar nicht Mitglied des Reichstages sein kann. Alle diese Parteien bieten uns keine Garantien, daß ihre Candidaten für die Wahrheit eintreten, für Religion und positives Christenthum. Diese sechs hier aufgestellten Candidaten können wir nicht brauchen, auch nicht die Socialisten, denn wir nur einen Blick in die „Wahrheit“ thut, der wird erkennen, daß die Socialdemokraten von der Religion auch nicht viel halten. Von der „Schleif. Zeitung“ bis zur „Wahrheit“ ist Alles eine Brüche, für Wahrheit treten sie Alle nicht ein.

Nachdem Dr. Hager in diesem heitern Bild die eine Seite der Medaille entrollt, zeigt er die Aversseite, auf welcher allein die „Schleifische Volks-Zeitung“ mit ihren Candidaten und der wirklichen Wahrheit zu sehen war.

In der Fortsetzung seiner Rede gab Dr. Hager folgende kleine Episode zum Besten. Vor 14 Tagen tagte hier auch eine Versammlung. Der Professor Hänel hielt seine Candidatenrede. Es war auch ein Bureau gebildet, dem auch der Spielwaarenhändler und Standsbeamte Hofferichter angehörte. Die Socialisten interpellirten den Professor Hänel: Wie steht Du zur Krisis? Ich merkte dem Herrn Professor gleich seine Verlegenheit an. Er suchte sich mit dem Schulze-Deitsch'schen Selbsthilfesystem zu helfen, das nützt aber gar nichts, denn der Arbeiter kann sich nicht selbst helfen. Der Herr Pro-

fessor sagte auch, man müsse die pecuniären, materiellen und geistigen Unterliebe bedenken, welche das Verhängniß der Krisis das Schicksal, oder wie er es nannte, die Vorkehrung auf der Erde eingeführt. Als Professor Hänel von der Vorkehrung sprach, da dachte ich mir, was mag Herr Hofferichter dazu sagen, darauf läßt sich Hofferichter nicht ein. Ich habe eine Woche mit Herrn Hofferichter zusammen im Gefängniß gesessen und habe mich auch dort mit ihm unterhalten. Ich muß sagen, es hat mir Freude gemacht, daß er so fest geblieben ist im Unglauben, daß er im Unglauben seinen Kopf durchgesteckt hat. Man muß auch die Ueberzeugung Jemandes achten, der nichts glaubt, wenn sie so unerschütterlich ist. Da haben Sie aber die Fortschrittspartei; der eine glaubt an eine Vorkehrung, der andere will von ihr nichts wissen. (Große Heiterkeit.) Wir halten etwas vom lieben Gott und unsere beiden Herren Candidaten bekennen sich zum lieben Gott und zum positiven Christenthum.

In demselben gemüthlichen Tone plauderte Dr. Hager weiter und zeigt, wie auch die Candidaten des Centrums sich allein zum Recht bekennen. — Nachdem er die Unterschiede zwischen Recht und Gesetz entwickelt, glaubt er, daß sehr vielen unserer jetzigen Gesetze nichts von der Majestät, Herrlichkeit und Göttlichkeit des Rechts anzuerkennen sei. Das mit dabei in Frage kommende Actiengesetz wird dabei folgendermaßen illustriert.

„Da kaufen einige beschnittene und unbeschnittene Juden eine wüste Sandfläche für wenige Tausende, setzen darauf eine Brunnenanlage und verkaufen sie mit Hilfe der liberalen Presse als Actien-Unternehmen für Millionen. Das Publikum ist reingefallen, die Gründer haben ihren Gewinn in der Tasche. Ist das majestätisch, ist das göttlich, ist das herrlich? (Rufe: Nein, nein!)“

„Und die national-liberalen Candidaten, wie stehen die zu dieser Sache? Der Herr v. Bennigsen ist selbst ein Gründer und Laster hat bezahlte Gutachten für Gründer geschrieben.“

Dr. Hager hatte bereits eine halbe Stunde gesprochen und noch immer war kein obligates „Wui“ aus den Reihen der Versammlung hörbar geworden, doch sollte die Erwartung, daß es in seiner katholischen Versammlung ohne „Wui“ abgehe, nicht länger getäuscht werden. Der „Breslauer Morgen-Zeitung“ galt das erste „Wui.“

„Hören Sie die heutige „Morgen-Zeitung“, sagt Dr. Hager, „und sehen Sie, wie sie das Recht vertritt. Nachdem sich der Prinz Karl von Hohenzollern drei Jahre lang im Parlament herumgetrieben hat, lobt sie dies Verhären.“ (Wui, Wui!)

Zum Schluß wird die Centrums-partei als der Vorkämpfer für die Freiheit beleuchtet und zwar als der religiösen und bürgerlichen Freiheit. Wie schlimm es jetzt mit dieser Freiheit, dafür führt Dr. Hager viele Beispiele an, so der Fall von Herzogswaldau, wo der Baron v. Dyhern der „katholischen Bande“ den neuprotestantischen Pfarrer Strudberg aufgezogenen (kräftige Wui's!)

Die Justizgesetze haben selbst der Breslauer Fortschrittspartei die Augen geöffnet, wie es mit der Freiheit bestellt ist; davon, daß das Centrum mit ihnen gegen die Justizgesetze gekämpft, davon rede die Fortschrittspartei nicht gern. — In der gewöhnlichen, drahtigen Weise und in passenden Beispielen werden nun die Nachtheile der Justizgesetze erörtert. Namentlich tadelt es Dr. Hager als entscheidenden Rückschritt, daß die Appellation beseitigt, daß der Angeklagte im Gefängniß nicht mehr allein mit seinem Rechts-Anwalt conferiren darf, den Zeugnisszwang und die Competenzgerichtsbarkeit.

Mit der Versicherung, daß die beiden vorgeschlagenen Candidaten unentwegt und ungebogenen Muthes für Wahrheit, Freiheit und Recht kämpfen werden, schließt Dr. Hager unter jubelndem Beifall seine Ansprache, um die Tribüne dem

Schubmachermeister Freund zu überlassen, der in einstündigem Vortrage die sociale Frage und die Lage der christlichen Arbeiter bespricht. Ein vorlauter Gast, dem der Vortrag etwas zu lange dauern mochte und der dieser Empfindung durch einen Ruf nach Schluß, Laut machte, wird ob dieser vorlauten Meinungsäußerung sofort selbst an die Luft befördert. Man sieht, die Herren vom Centrum wissen ihr Hausrecht zu wahren und lassen an ihre Gastfreundschaft keine übertriebenen Anforderungen stellen. Das Bild, das Herr Freund von der Lage des christlichen Arbeiters entrollte, war ein sehr trübes. Er ging von der Betrachtung aus, daß der Staat ein großes Lazareth sei, in dem ein bösariges Siedthum herrsche, welches zur epidemischen Krankheit, zum socialen Uebel sich entwickelt, dessen endgültige Heilung natürlich nur die katholische Kirche vollbringen kann. An dem Uebelstand ist ebenso natürlich die liberale Partei mit ihren Fabriken und Maschinen schuld, und die schlimmste Ursache, die dem armen Volke den Himmel auf Erden versprochen und aus der Erde eine Hölle gemacht hat, das durch die liberale Gesetzgebung groß gefütterte Kapital und der Actien-Fabrikwindel wurden in neuer Tonart variirt, Raub, Mord und die schändlichsten Verbrechen sind die Folge der Arbeitslosigkeit der religiöslos gewordenen Arbeiter und an allem ist der Liberalismus schuld, der der einzigen Helferin, der Kirche die Lebensader unterbunden. Das Wachsathum der großen Städte ist ein socialer Uebelstand und die Quelle des Ateismus. Aus einem neuen Sodom (d. h. aus einer großen Fabrikstadt) läßt sich kein himmlisches Jerusalem machen. Als die Ursache der Concurrenzschnelligkeit und der Ueberproduction gelten Herrn Freund die Sonntags- und die Nachtarbeit, die allein die Taschen der Fabrikbesitzer füllen. Sie müssen abgeschafft werden, denn der Mensch ist ja nicht nach dem Ebenbilde einer Locomobile oder eines Dampfessels, sondern nach dem Ebenbilde Gottes geschaffen. Vom Arbeiter selbst verlangt Herr Freund, als dessen Freiheitsart und Lebensbrief die Sonntagsheiligung. Er erörtert fobann die socialen Missethäter der Kinder- und Frauenarbeit. Während dieser Schilderung ertönt ein neuer Ruf nach Schluß und auch der zweite Schlußmacher theilt das Schicksal seines Vorgängers und liefert den Beweis, daß der Mensch nie durch die Erfahrung anderer, sondern nur der eigenen sich belehren läßt. Die fernere Rede des Herrn Freund zog die rothe Commune, das saubere Spiel des Liberalismus, den Culturkampf, die schlechte Presse, welche Nachwächterdienste thut und Feuer schreit, damit der Arbeiter nicht merkt, daß es hinter der Couleise brennt, den liberalen Geldsack, die geistlichen Orden und noch verschiedenes Andere in den Kreis der Erörterung und schloß mit der Aufforderung an die christlichen Arbeiter, keinem Gründer, Schwindler und falschen Volksbeglucker, welche das Volk um zeitiges Wohl und ewiges Heil betrügen, die Stimme zu geben, sondern dafür zu sorgen, daß die Wahlen gut ausfallen, d. h. daß Graf Vallasstrem und Caplan Weinhold gewählt werden.

Nach einer kurzen, diesen beiden Introductionen folgenden Pause nimmt das Wort Graf Vallasstrem zu seiner Candidatenrede. Er dankt für den sympathischen Empfang, der ihm zu Theil wird und rollt die Fahne auf, der er folgen wird und bisher gefolgt ist. Es ist dies die Fahne des am ersten Stertage entstandenen Heilandes, des Stifter der Kirche, als deren sichtbares Oberhaupt er Pius IX. verehrt; ferner die altpreussische schwarzweiße Fahne, der er 16 Jahre in Krieg und Frieden gefolgt, und endlich die Fahne der Centrums-partei, unter deren beherrschten Führern er im Reichstage gekämpft. Im ferneren Verlauf seiner Rede erörtert Graf Vallasstrem die Stellung des Centrums im Reichstage. Der Culturkampf spiele im Reichstage eine mehr untergeordnete Rolle, so daß er hier von demselben schweigen könne. Was die materiellen Interessen anlangt, so habe die Centrums-partei ohne irgend ein Uebelwollen gegen die dem Culturkampf fern gebliebene Armee das Budgetrecht des Reichstages auch bei der Bewilligung des Militäretats gewahrt und halte darauf, daß der Reichstag alljährlich dieses Recht ausüben habe. Nach einigen Seitenhieben gegen die national-liberale Partei, die auch bei den Justiztagungen den bekannten Sprung über den Stod gemacht, wendet sich Graf Vallasstrem zur Handelspolitik und glaubt, daß die Frage, ob Freihandel, ob Schutzzoll, nicht allgemein, sondern nur im concreten Falle je nach den besonderen lokalen und zeitlichen Verhältnissen eines Staates beantwortet werden könne, und daß er sich in Rücksicht darauf gegen die jetzt herrschende deutsche Handelspolitik erklären müsse, wobei er sich mit der Besteuerungspolitik des Fürsten Bismarck nicht ganz uneinverstanden erklärt, indem er sich für indirecte Steuern unter Hinzuziehung directer Steuern ausspricht, es aber für das wesentliche Erforderniß hält, die Besteuerungsfähigkeit des Volkes zu erhöhen.

Des Weiteren verbreitet sich Graf Vallasstrem über die Anlage des Reichsindvaldenfonds in unfindigen Eisenbahnpapieren und den beabsichtigten Anlauf der Eisenbahnen seitens des Reiches. Er schildert eingehend die Interpellation des Herrn v. Schorlemer-Mst im Reichstage, dessen liberaler Führer zufällig theilweise Directoren von Eisenbahnen seien, um deren Papiere es sich hier handelt. Die Centrums-partei habe kein bestimmtes Beneizmaterial gegen die parlamentarischen Gründer herbeischaffen können und ohne solches eine Anlage unter ihrer Würde gehalten. Es lag das an der Unfähigkeit des Centrums, das keine Gründer in seiner Mitte hatte, denn man muß selbst ein mit allen Sinnen begabter Gründer sein, um den Schlichen der Gründer so nachspüren zu können, daß man sie öffentlich anklagen kann. Nicht einmal ein gebesselter und reuiger Gründer, der dies hätte leisten können, war in den Reihen des Centrums aufzutreiben. Gegen den Anlauf der Bahnen stimme das Centrum ganz entschieden, doch um der Regierung in den 100,000 Eisenbahnbeamten keine der Beförderung der Wahlfreiheit dienende Armee zur Verfügung zu stellen und um die ungarantirten Eisenbahnpapiere des Reichsindvaldenfonds nicht zu Maculatur werden zu lassen, ebenso auch nicht den föderativen Charakter des Reiches



zu schädigen. Was die sociale Frage anlangt, so kann das Centrum, das sich seine Anträge im Reichstage seiner Beliebtheit erfreuen, momentan nichts thun, wenn aber aus der Mitte dieser Partei die Reichsregierung ihre Mitglieder wählt, dann werde ein anderer Anlauf als jetzt zur Besserung der Verhältnisse genommen werden, hat doch die Partei, auf welche dann die Regierung sich stützt, die Kirche zur Bundesgenossin, die schon im Mittelalter die sociale Frage gelöst. Zum Schluss schildert Graf Ballestrem die Parteien im Reichstage und findet, daß dieselben alle, natürlich mit Ausnahme der Centrumpartei, ihren Namen zu Unrecht führen.

Was die conservative Partei conferirt, sei ein wahrer Jammer, sie conferire nur die Polizeimaßregeln, nicht aber die Freiheit der christlichen Kirche. Die freiconservative Partei sei weder frei noch conservativ, aber schmiegsam und biegsam. Darum nehme Bismarck aus ihr auch seine Minister und Vorkämpfer. Dieser Partei gehören auch die oberflächlichen Granden an, die zu so hübschen Wahlmitteln ihre Zukunft nehmen.

Die nationalliberale Partei sei nicht einmal so liberal, wie man heute das Wort versteht und sie stimmt nur für die Maßregeln des Polizeistaates, welche die deutsche Reichsregierung noch immer nicht entbehren zu können glaubt. National sei sie auch nicht, da sie ein Drittel des deutschen Volkes für Vaterlandsfeinde erklärt. Die Fortschrittspartei führe ihren Namen auch mit Unrecht, denn sie habe in ihrer Zustimmung zu den Kirchengesetzen nur Rücksicht befolgt. Nur das Centrum trägt mit Recht seinen Namen; es sitzt im Reichstage in der Mitte, es conservirt das Gute, ist liberal im besten Sinne, kämpft für Wahrheit, Freiheit und Recht und erhält allein im Reichstage jene Atmosphäre, von welcher seine Gegner mittheilen. — Es war inzwischen 10 1/2 Uhr Abends geworden — die Versammlung hatte um 7 1/2 Uhr ihren Anfang genommen — und der vierte Redner des Centrums, der Candidat des Stabsbezirks, Caplan Weinhold, hält eine mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit kurze Ansprache. Er empfiehlt am Schlusse derselben die tröstliche Agitation, daß Minoritäten von heute zu Majoritäten von morgen werden können. Mit einem, auf Anregung des Vorsitzenden Seitens der Anwesenden den beiden Candidaten ausgebrachten donnernden dreimaligen Hoch schließt die Versammlung.

=ch= Breslau, 4. Jan. [Zur Frage über die Concessionirung des Bier- und Weinschanks] hat das Ober-Verwaltungsgericht in nachstehender Streitsache eine wichtige Entscheidung getroffen. Der Kaufmann N. war mit seinem Antrage auf Ertheilung der Concession zum Betriebe des Bier- und Weinschanks von dem Kreisaußschuß abgewiesen worden, weil abgesehen davon, daß die zu dem gedachten Gewerbebetriebe in Aussicht genommenen Localc ihrer Lage und Beschaffenheit nach hierzu als nicht geeignet erachtet werden mußten, schon der Umstand allein die Abweisung rechtfertigte, daß Antragsteller, als er früher in einem anderen Hause den Bier- und Weinschank betrieben habe, dreimal wegen unbefugten Schnapsverkaufs gerichtlich bestraft worden sei und deshalb gegen denselben Thatsachen vorlägen, welche die Annahme rechtfertigten, daß derselbe auch später wieder das Gewerbe zur Förderung der Völlerei mißbrauchen würde. Der Antragsteller biete daher in Ermangelung der nach § 33 ad 1 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 notwendigen Qualification für einen ordnungsmäßigen Gewerbebetrieb keine Garantie. — In Folge eingeleiteter Berufung erkannte das Bezirksverwaltungsgericht, daß die Concession zu verweigern, der Bescheid des Kreisaußschusses demgemäß zu bestätigen, das Streitobject auf 2000 M. festzusetzen und Recurrent gehalten, die Kosten und baaren Auslagen des Verfahrens zu tragen. Gegen diese Entscheidung legte der Kläger die Revision mit dem Antrage ein, die angefochtene Entscheidung in der Hauptsache und wegen des Kostenpunktes zu vernichten und nach dem von ihm in erster Instanz gestellten Antrage zu erkennen. Das Oberverwaltungsgericht hat indeß nunmehr für Recht erkannt, daß die Entscheidung des Bezirksverwaltungsgerichts zu bestätigen und dem Kläger die Kosten des Revisionsverfahrens unter Festsetzung des Werths des Streitgegenstandes auf 2000 M. zur Last zu legen. — Wenn der Revisionskläger zunächst dem ersten Richter, weil er die zum Gewerbebetriebe bestimmten Localc ihrer Lage und Beschaffenheit nach als hierzu nicht geeignet erachtet, unrichtige Anwendung des § 10 Theil I. Titel 17 Allg. L.-M., dem Berufungsrichter aber, weil er dieselben Localc nur für „ungenügend“ erklärt hat, Verletzung der §§ 1 und 33 der Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869, der Bestimmungen unter 1. Nr. 12 der Ausführungs-Instruction vom 9. September 1869, der §§ 41, 49 und 62 des Gesetzes vom 3. Juli 1875 und des § 10 Theil I. Tit. 13 der Allgem. Gerichtsordnung vorwerfe, so sei dieser Angriff ein verfehlter. Auch der Berufungsrichter sei der Ansicht, daß die zum Gewerbebetriebe bestimmten Localitäten wegen ihrer Beschaffenheit und Lage den polizeilichen Anforderungen nicht genügen, daß daher ein Verlegungsgrund nach § 33 unter 2 der Reichsgewerbeordnung vorliege und es sei dabei gleichgültig, ob er sich der Worte des Gesetzes bedient oder die Localc einfach als ungenügend bezeichnet habe. Unter den in jenem Paragraphen gedachten polizeilichen Anforderungen seien aber solche zu verstehen, welche mit den allgemeinen Aufgaben der Polizei zusammenhängen, und der Berufungsrichter habe daher das bestehende Recht nicht verletzt, wenn er die Polizeibehörde für befugt erachtet, die Beschaffenheit des Locals nach allgemeinen polizeilichen Gesichtspunkten, und zwar selbstständig und ohne Rücksicht auf die Beurtheilung, welche dieselbe in einem früheren Falle Seitens einer anderen Behörde erfahren haben mag, zu prüfen und wenn er auch seinerseits auf Grund dieser Prüfung zu der Ueberzeugung gelangt, daß das Local den Anforderungen nicht genügt. — Es könnte sich nur etwa fragen, ob in dem Umstande, daß der Berufungsrichter des ausdrücklichen Erbietens des Klägers, drei zusammenhängende Zimmer herzustellen, weder in der Sachdarstellung, noch in den Gründen erwähnt, ein Mangel der thatsächlichen Feststellung zu erblicken sei. Allein der Kläger sei auf jenes Erbieten in der Revisionschrift nicht zurückgekommen und der Berufungsrichter habe das Hauptgewicht seiner Entscheidung überhaupt nicht auf die Unangemessenheit des zum Gewerbebetriebe bestimmten Locals, sondern auf die dreimalige Bestrafung des Klägers wegen unbefugten Branntwein-Verkaufs gelegt, und dieser Grund genüge allein, um das angefochtene Erkenntniß zu rechtfertigen. — Ebenso unzutreffend sei endlich der Angriff des Klägers hinsichtlich des Kostenpunktes, da das Gesetz vom 3. Juli 1875 eine Anhörung der Parteien über den Werth des Streitgegenstandes nicht vorschreibe, dessen Festsetzung vielmehr im § 72 dem Richter überlasse, welcher im vorliegenden Falle jenen Werth mit Rücksicht auf den zu capitalisirenden Jahresbetrag der hier fraglichen Anlage keineswegs zu hoch veranschlagt habe.

=r. Breslau, 5. Jan. [Der Bezirksverein für den nordwestlichen Theil der inneren Stadt] hat aus Anlaß seines zehnjährigen Bestehens einen Bericht für das Jahr 1876 herausgegeben, welcher zugleich einen Rückblick auf die Wirksamkeit des Vereines in diesen zehn Jahren enthält. Am 15. Januar 1867 versammelten sich auf Einladung eines provisorischen Comite's im Gasthause zum gelben Löwen auf der Oberstraße eine Anzahl Einwohner des nordwestlichen Theiles der inneren Stadt beabsichtigt Gründung eines Bezirksvereins für diesen Stadttheil. In einer späteren Versammlung wurde dann das provisorische Comite anerkannt und verläßt. Der Verein hat während seines Bestehens 100 allgemeine Versammlungen abgehalten, in welchen theils politische, theils literarische Vorträge, meistens aber solche, welche sich auf wichtige communale Angelegenheiten bezogen, gehalten wurden. An diese Vorträge im Vereinslocale (in den letzten Jahren im Café restaurant) schlossen sich oft Debatten an, welche sonst auch in Folge von Mittheilungen, Anträgen und Fragen stattfanden. Außerhalb des Vereinslocales wurden zu wiederholten Malen Vorträge gehalten im botanischen und zoologischen Garten, im mineralogischen, archäologischen und Alterthumsmuseum und auf der Sternwarte. Ferner wurde das Wasserbehälter, die Gasanstalt und die Dampfzuckerfabrik des Breslauer Consumvereins besichtigt, wobei von den betreffenden Ober-Beamten in bereitwilliger Weise die ausführlichsten Belehrungen und Erläuterungen erteilt wurden. An diesen Besichtigungen, sowie an allen Vorträgen außerhalb des Vereinslocales, ebenso an den geeigneten Vorträgen innerhalb desselben, hatten sich stets viele weibliche Angehörige der Mitglieder betheiligt. Von den Vereinsgenossen und ihren Familienmitgliedern wurden öfters Spazierfahrten nach Deutsch-Willa, Camb. Oberrignt und Treßden unternommen. An den Vereinsabenden war der Besuch ein sehr verschiedener. Derselbe betrug sich in den früheren Jahren manchmal auf 18–20 Personen, während er auch öfter, besonders im letzten Vereinsjahre, die Zahl von 200 Personen überstieg. Am ersten Vereinsabende in jedem Januar fanden die General-Versammlungen statt, in welchen der Jahresbericht erfolgte und die Neuwahlen des Vorstandes vorgenommen wurden. Die Zahl der Mitglieder betrug Ende 1867 68, Ende 1876 670. Herr Dr. Stein, der eigentliche Begründer und seitiger Leiter des Vereines, wurde Anfang des vorliegenden Jahres zum Ehrenpräsidenten ernannt, worauf Herrn Sanitätsrath A. Seibemann junger.

=ch. Görlitz, 4. Jan. [Städtische Steuern. — Schlachthaus. — Krankenhaus. — Reichstagswahl.] Eine Vorlage des Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung beantragt die Festsetzung eines städtischen Zuschlages zur Staats-, Einkommen- und Klassensteuer in Höhe von 26 pCt. Im Vorjahre betrug der Procentfuß 82, im Jahre vorher 75, es

findet also eine stetige Steigerung des Procentfußes statt, der in kurzer Zeit auf 100 kommen wird, da, wenn der Magistrat die Sachlage nicht zu düster ansetzt, die Zeit der Ueberflüsse wenigstens vorläufig vorbei ist. Noch 1875 ist ein Ueberfluß von 157,000 M. erzielt, von dem für 1877 100,000 M. zur Deckung der laufenden Bedürfnisse bestimmt sind, 1876 wird nach der Ankündigung des Magistrats dagegen nichts übrig bleiben. Nachdem eine Uebertragung der einmaligen Ausgaben auf den außerordentlichen Etat stattgefunden hat, betragen die Einnahmen 1,713,856 M. gegen 1,588,026 M. Ausgaben im ordentlichen, und 66,342 M. aus laufenden Einnahmen zu deducende Ausgaben im außerordentlichen Etat, so daß eine Summe von 260,512 M. durch die städtische Einkommensteuer zu deducen ist. Im außerordentlichen Etat sind außer obigen 66,342 M. noch 640,341 M. Ausgaben, die aus dem Capital- und den Reservefonds zu deducen sind, aufgeführt. Für das Extraordinarium beantragt der Magistrat 50,000 M. für unvorhergesehene Ausgaben festzusetzen und zur Deckung dieser Ausgaben u. A. 100,000 M. von den Ueberflüssen des Jahres 1875 zu verwenden. Der Magistrat hält es für dringend geboten, den Rest von 57,000 M. in Reserve zu halten, um Ausfälle deducen zu können, und will überdies 30,000 M. von den Einnahmen in Abzug bringen und reserviren, welche aus dem Mehreinschlage über das zulässige Abnutzungssoll in der Oberförsterei Kaufha herkommen. Die Berechnung über die Höhe des Procentfußes stützt sich auf die Einschätzung von 1876, welche ein Einkommen von 13,582,560 M. angenommen hatte. Die Summe der nach dem Tarif berechneten Normal-Steuererträge dieser Einkommen betrug 313,461 M., die städtische Einkommensteuer mit 82 pCt. ergab sonach etwa 240,000 M., es ist somit eine Steuererhöhung in Aussicht, die 20,000 M. mehr ergibt. Bei den schlechten Verhältnissen der Steuerzahler gegen das Vorjahr und mit Rücksicht auf die sichere Aussicht, daß sich bei der neuen Veranschlagung die Summe des Steuereinkommens vermindern wird, meint der Magistrat eigentlich 90 pCt. beanspruchen zu müssen, will aber beruhen, mit 86 pCt. auszukommen. In der Stadtverordneten-Versammlung ist bereits der Antrag gestellt, die 30,000 M. aus der Oberförsterei Kaufha zur Deckung der laufenden Ausgaben mit zu verwenden und um diese Summe die Einkommensteuer zu reduciren. Eine Erhöhung des Procentfußes der Einkommensteuer holten manche Stadtverordnete für bedenklich, eine Herabsetzung desselben aber wird die Stadtverordneten-Versammlung schwerlich durchsetzen. — Der Magistrat ist abermals mit einer Vorlage wegen Errichtung eines Schlachthofes auf dem früheren Hennesdorfer Hofhause an die Stadtverordneten herangetreten. Gegen den von der Schlachthaus-Commission wiederholt empfohlenen Platz an der Baugener Straße macht der Magistrat geltend, daß derselbe in einer bereits stark bebauten und in Zukunft noch stärker bevölkerten Stadtgegend liegt, und die Abwässer durch die ganze Stadt abfließen müßten und schwere Uebelstände in sanitärer Beziehung hervorgerufen würden, wenn man sich nicht zu dem Bau eines Canals nach der Reife entschließen sollte, der nach der Behauptung des Magistrats 240–300,000 M. kosten würde. Auch die übrigen von der Commission in Vorschlag gebrachten Grundstücke hält der Magistrat nicht für geeignet und kommt auf sein schon oft abgelehntes Project, betreffend Verwerthung des städtischen Hofhofs, zurück, gegen das die Fleischermeister sehr eingenommen sind. Es ist wahrscheinlich, daß sich an diesem Festhalten des Magistrats an dem einmal vorge schlagenen Terrain das ganze Project des Schlachthofes von neuem verschiebt. — Das städtische Krankenhaus verliert zu Ostern bereits wieder seinen Assistenzarzt, der erst im Vorjahr in die Stelle eingetreten ist. Die Beschlußfassung über den Umbau des Krankenhauses dürfte nunmehr bald erfolgen, da die Sanitäts-Deputation die zu Gunsten der Beibehaltung des Krankenhauses lautenden Gutachten des Kreisphysikus Dr. Hellmann und Dr. Kleefeld neben dem entgegenstehenden des Communalärztes Dr. Schnieper in Händen hat und die im außerordentlichen Etat aufgeführte Summe für Einrichtung der Ventilation im Krankenhause eine Entscheidung über die Frage bedingt, ob überhaupt ein Krankenhaus gebaut werden soll. — Die Reichstagswahlen haben die Differenz, welche seit Jahren zwischen den gegenwärtigen Führern der Liberalen in Lauban und der hiesigen liberalen Partei besteht, zum vollen Ausbruch gebracht. Ein in Lauban gebildetes Wahlcomite, dem eine Anzahl nationalliberaler Männer angehört, hat den Geh. Ober-Justizrath Starke als Candidaten aufgestellt, der seit etwa anderthalb Jahrzehnten wiederholt der Gegenpartei der liberalen Abgeordneten des Wahlvereins gewesen ist, und hat sich damit von den Traditionen der liberalen Partei des Wahlkreises losgesagt. Einen größeren Affront konnten die Laubauer Herren ihren bisherigen Verbündeten in Görlitz nicht antun, als die Aufstellung dieses Candidaten, der gleichzeitig auch Candidat der Conservativen ist, und wenn er sich in die Fraction der Nationalliberalen setzt, doch eigentlich in der freiconservativen Fraction seine Gesinnungsgenossen findet.

Δ Steinau a. D., 5. Jan. [Stadtverordneten-Sitzung.] In der gestern abgehaltenen Sitzung der Herren Stadtverordneten, welche zahlreich besucht war, fand die feierliche Einführung und Verpflichtung des neu-gewählten Magistrats-Mitgliedes Herrn Seifenfabrikant Martin und der neu- resp. wiedergewählten Herren Stadtverordneten Blasche, Weisler, Bieder, John, Knorr, Arndt und Fischer statt. Hierauf macht der Vorsitzende der Versammlung Mittheilung von den Protokollen über gefasste Beschlüsse der letzten Sitzung und den erfolgten monatlischen und außerordentlichen Rassenrevisionen. Ebenso referirt derselbe über die Thätigkeit der Versammlung im Jahre 1876. Es wurden in 11 öffentlichen Sitzungen 72 Vorlagen erledigt. Was die Betheiligung an den abgehaltenen Sitzungen anbelangt, so wurde berichtet, daß 5 Mitglieder 1mal, 5 Mitglieder 2mal, 2 Mitglieder 3mal, 1 Mitglied 4mal, 2 Mitglieder 5mal und 2 Mitglieder gar nicht gefehlt haben. Nach Niederlegung der Geschäftsführung von Seiten des Vorsitzenden übernahm das älteste Mitglied der Versammlung, Herr Gössgen, den Vorsitz und wurde zunächst zur Wahl des Vorstandes geschritten. Zum Bedauern der Versammlung erklärte der bisherige Vorsitzende, Herr C. John, daß er nicht in der Lage sei, eine Wiederwahl als solcher annehmen zu können. Bei dieser Gelegenheit erachten wir es für unsere Pflicht, dem genannten Herrn bezüglich der langjährigen umsichtigen Leitung bei Ausübung seines Berufes öffentlichen Dank auszusprechen. Das Collegium giebt dem ausgesprochenen Danke durch Erheben von den Plätzen besonderen Ausdruck. — Gewählt wurden mit bedeutender Majorität als Vorsitzender: Herr Kreis- Gerichts- Secretär Beschte, als Stellvertreter des Vorsitzenden: Herr Buchbinder Gössgen, als Protokollführer: Herr Kreis-Steuer-Einnehmer Fischer, als dessen Stellvertreter: Herr Kaufm. R. Lipinski. Sämmtliche gewählte Vorstandsmitglieder erklärten die Wahl anzunehmen. Die in heutiger Sitzung auf die Tagesordnung gebrachten Vorlagen wurden zumeist in der vom Magistrat bestrittenen Weise erledigt und ebenso einem vom städtischen Regelmäßig eingetrachten Gesuche nach längerer Debatte in der vom Magistrat projectirten Art beigegeben. Nachdem noch die Versammlung von der erfolgten Wahl behufs Besetzung der vierten Lehrerstelle an hiesiger evangelischer Stadtschule Kenntniß genommen, wurde die Sitzung geschlossen.

§ Striegau, 4. Jan. [Kirchliche Wählerversammlung.] Auf Anregung der kirchlichen Gemeindeorgane fand gestern im „Deutschen Hause“ hieselbst eine Versammlung der wahlberechtigten evangelischen Gemeindeglieder statt, die den Zweck hatte, in Bezug auf die bevorstehenden kirchlichen Ergänzungswahlen eine Verständigung herbeizuführen. Der Vorsitzende, Gemeindefürsorgepräsident Broßmann, erstattete zunächst einen ausführlichen Bericht über die Thätigkeit der kirchlichen Körperschaften während der letzten vergangenen 3 Jahre. Den Mittheilungen des Referenten folgte eine lebhafte Debatte, in welcher u. a. seitens der Versammlung der Wunsch ausgesprochen wurde, daß der Gemeindefürsorgepräsident mindestens alljährlich einmal in einer öffentlichen Versammlung der Gemeindeglieder Bericht erstatten und hierdurch den letzteren Gelegenheit geben möge, auch außer Anlaß der Wahlen ihr Interesse an den kirchlichen Angelegenheiten zu bekunden. Die in Vorschlag gebrachte Veranlassung bezüglich der Fiktion der Geistlichen und Kirchenbeamten solle in einer besonderen zu diesem Zwecke einuberufenen späteren Versammlung zur Erledigung kommen. Hinsichtlich der Wahlen einigten sich die Anwesenden dahin, von den aus-scheidenden Aeltesten die Herren Sanitätsrath Dr. Gölz und Rathsherr Schneider wieder zu wählen und die Herren Commernzienrath Bartisch, Rathsherr Rinde und Färbereibesitzer Thomas zur Neuwahl zu empfehlen. Von den 16 ausscheidenden Gemeindegliedern sollen nach den Beschlüssen der Versammlung 10 wiedergewählt werden. In die Stelle der übrigen theils in den Kirchenrath zu wählenden, theils verzogenen Gemeindegliedern wurden die Herren Beigeordneten Bartisch, Lehrer Friedrich, Kaufmann Hochhäuser, Mühlenbesitzer Klose, Maurermeister Mann und Lehrer Stoye-Stannowitz in Vorschlag gebracht. Mit den erforderlichen Vorbereitungen zur Wahl ist eine besondere Commission betraut worden.

P. Rosenbergs D.-S., 4. Januar. [Reichstags-Abgeordnete] und Candidat für die bevorstehende Reichstagswahl, Graf Bethusy-Suc (auf Bantau), freiconservativ, hat, dem Wunsche des hiesigen liberalen Wahl-Comites entsprechend, heute Nachmittag im Saale des weißen Adlers eine Ansprache an die Wähler gehalten. In der fast zweistündigen Rede gab Graf B. Bericht über seine bisherige Thätigkeit im Reichstage und schildert manche Einzelheiten bei Berathung der Gesehtwürfe, namentlich seine

meist roge Betheiligung, zumal bei Berathungen außerhalb des Plenums; wie er sich stets bemüht, die besten Resultate herbeizuführen zu helfen, welche widerstrebende Elemente es zu überwinden gegolten, wie er bei Berathung der Vorlage über die Gemeinde-Verfassung für den Eintritt der Rheinprovinzen und für den Wegfall der Bezirksregierungen eingetreten, ferner daß aus den Verhandlungen über die Präsenzzeit für die Militärverwaltung mehr Pflichten als Rechte hervorgegangen seien; wie er bezüglich der Schulgesetze die Einführung gleichgestalteter Mittelschulen, sowie von Realschulen mit dem Rechte der Ertheilung von Abiturienten-zeugnissen lebhaft befürwortet, sowie daß er eine gründliche Reform der Reichs-Eisenbahn-Verhältnisse dringend notwendig bezeichnet, um die den Verkehr erschwenden Abnormitäten zu beseitigen, auch gelegentlich der Zoll-debatten für unsere den Grenzverkehr mit dem benachbarten Polen erschwerten Verhältnisse besonders hervorgerufen habe. Auch der Ministerberantwortlichkeit und der Pressegesetzbildung wurde erwähnt u. f. w. Besonders aber betonte der — durch öfteren Weisfalsruf unterbrochene — Redner die Art des Zustandekommens der Reichs-Justiz- und Gerichtsverfassungs-Gesetze als durchaus nicht zu bedauern. Der Compromiß sei vielmehr das Beste, was in letzter Stunde habe geschehen können; andernfalls wäre keineswegs auf günstigeren Ausgang in einer kommenden Sitzung zu rechnen gewesen. Nach der nicht jedem Abgeordneten zugänglichen Kenntniß besonders schwebender Verhältnisse hätte es nicht bloß einen Verlust von mehr als einem Decennium, sondern sogar eine Reaction im Reichs-Einkaufswesen im Gefolge gehabt, wenn es anders als geschehen gekommen und Redner erklärt sich für überzeugt, daß jeder reichstreue Abgeordnete für den Compromiß gestimmt haben würde, wenn er in jene in gewissigen Kreisen herrschende Strömung der Gesinnung eingeweiht gewesen wäre. Herr Graf Bethusy betont das zu Stande gekommene Reichsjustiz-Gesetz als einen der größten moralischen deutschen Gewinne seit 1870/71 und weist darauf hin, daß eine soweit gehende und tief eingreifende Vereinigung zahlreicher Einzelstaaten durch ein Parlament noch nie dageschehen sei, wenigstens nicht ohne Revolution und daß wir uns als Deutsche hierzu, wie auch zu diesem Reichs-Parlament Glück wünschen können. Zum Schluss widerlegt Redner den gegen seine Person erhobenen Vorwurf der Gründerthätigkeit. Er habe wohl im Ausschusse der Eisen-Grenzburger Eisenbahn gezeilt, aber seine Aetion zu keinem anderen als zum Pari-Course angenommen und nennt es eine absichtliche oder unabsichtliche Lüge, wenn Jemand das Gegenteil behauptet. Die ihm vorgeworfen gewesene Neigung für Juden erklärt er als Uebertreibung. Jedenfalls aber begeh er gegen einen rechtschaffenen Juden dieselbe Achtung wie gegen eben solchen Christen. Zum Schluss giebt er als politischen Standpunkt seinen Grundsatz an, für Förderung der Einheit und Freiheit Deutschlands wirken zu wollen unter gleichzeitiger möglicher Unterstüßung jeder reichsfreundlichen Regierung. Nach Beendigung des Vortrags wurde dem Redner ein dreimaliges Hoch ausgebracht.

# Cosel, 4. Januar. [Der Kreistag] hat in seiner Sitzung vom 30. Decr. v. J. folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Zur Verrückung der Kosten für die auszuführenden Bauplan-Neubauten soll zunächst eine Kreiskasse von 900,000 Mark mittelst 5proc. Kreis-Delegationen und 2proc. Amortisation creirt werden. 2) Die Wahl des im ersten ländlichen Wahlbezirk zum Kreistagsabgeordneten erwählten Kreisbauhofsbesizers Kirchner zu Klobitz wurde beanstandet. 3) Der Kreistagsabgeordnete Zgahay zu Roschowitzdorf nahm seinen Antrag zur Abnahme des Mandats als Kreistagsabgeordneter zurück und war sonach ein weiterer Beschluß nicht zu fassen. 4) In den Kreis-Vorstand der Elementarlehrer-Wittwen- und Waisen-Kasse für die Wahlperiode 1877/82 wurden die Herren Desfileutnant a. D. und Landes-Meister von Jaldern auf Roschowa und der Rittergutsbesitzer Baron von Cistest auf Sirkowitz gewählt. 5) Dem Antrage des Kreistagsabgeordneten Wycisl zu Heintzsdorf auf Erbauung einer Kreiskasse von polnisch-Neutrich über die Ortschaften Zielau und Bronin nach Bauernwisch soll erst bei der weiteren Beschlußfassung über die einzelnen Bauplan-Neubauten näher getreten werden. 6) Für den Amtsbezirk Bronin wurde der Rittergutsbesitzer v. Dheim auf Bronin, für den Amtsbezirk Sigmund der Wirtschaftsinpector Nebra in Sigmund, für den Amtsbezirk Sacrau der Wirtschaftsinpector Duboch auf Sacrau als Amtsdorfsleiter und für den Amtsbezirk Wiegisch der Wirtschaftsinpector Kassel und für den Amtsbezirk Sacrau der Wirtschaftsinpector Mithalla als Amtsdorfsleiter-Stellvertreter in Vorschlag gebracht resp. nachträglich genehmigt. 7) Das Staats- und Rechnungsjahr für die Kreis-Communal-Verwaltung wird analog, wie beim Staatshaushalt auf die Zeit vom 1. April bis ult. März jeden Jahres verlegt. Eine besondere Ausschreibung von Communal-Abgaben zur Verrückung der Ausgaben für die Monate Januar, Februar und März 1877 ist nicht erforderlich, da dieselben aus den Beständen gedeckt werden. 8) Für die Kreis-Communal-Casse-Unterhaltungs-Rechnung pro 1875 wird dem Rechnungsführer Decharge erteilt. Nachträglich wurde eine einmalige Wegebaununterstützung von 600 Mark der Stadt Cosel bewilligt.

[Notizen aus der Provinz.] \* Sagan. Am 28. December sind von ruflosen Händen aus dem Communicationswege von Halbau nach Buraun 70 Stüd, im Frühjahr 1874, 1875 und 1876 gepflanzte, junge Straßen-Bäume entzwei und umgebrochen worden. Es ist zur Entdeckung dieses Verbrechens eine Prämie von 30 Mark festgesetzt.

+ Rattowitz. (Gewerbeverein.) In der Sitzung des Gewerbevereins vom 3. Januar hielt Herr Dr. Craz aus Breslau einen fesselnden Vortrag über die gegenwärtigen Tarif- und Handelsvertrags-Verhältnisse und über den Werth der Retorsionszölle.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

□ Rawitsch, 4. Jan. [Wahlversammlung. — Selbstmord.] Gestern fand in dem Saale des hiesigen Schießhauses unter dem Vorsitz des Bürgermeisters von Buchholz eine Wählerversammlung der reichstreuen Parteien des Kreises statt. In derselben wurde Rittergutsbesitzer Krenemann auf Klenka als Candidat des hiesigen Wahlkreises in Vorschlag gebracht und ein Schreiben desselben mitgetheilt, worin derselbe erklärt, daß er sich im Reichstage der liberalen Richtung anschließen, die Regierung im Kampfe gegen ultramontane und particuläre Bestrebungen unterstützen, sich aber auf keine bestimmten Principien verpflichten lassen wolle, sondern sich die freie Entscheidung in jedem einzelnen Falle wahre. Nachdem noch herbeigehoben, daß Herr Krenemann in einem anderen Schreiben seine lebhafteste Befriedigung über das Zustandekommen der Justizgesetze ausgesprochen und dem Bedauern Ausdruck gegeben war, daß derselbe durch Unwohlsein am Erscheinen in der Versammlung gehindert, wurde derselbe einstimmig als Candidat der reichstreuen Partei aufgestellt. Erwähnt wurde ferner, daß, wenn auch der Kreis bisher durch einen Ultramontanen im Reichstage vertreten, bei einer lebhaften Betheiligung der reichstreuen Wähler ein günstiges Resultat nicht unwahrscheinlich wäre, da schon bei einer früheren Wahl der ultramontane Candidat nur neunundvierzig Stimmen mehr, als der entgegengegesetzten Partei gehabt habe. — Der Sohn des Wirtschaftsbefizers Berger aus Rantau, der hier seiner Militärpflicht genügt, hat in der Sylvesternacht seinem Leben durch Erhängen in den Schießständen ein Ende gemacht. Gründe für diese That sind nicht bekannt geworden, jedoch war der Cameraden des Verstorbenen seit längerer Zeit die ihnen unerklärliche Schwermuth desselben aufgefallen. Es scheint hiernach eine momentane Geistesstörung vorgelegen zu haben.

Berlin, 5. Jan. Obgleich die geschäftliche Thätigkeit der heutigen Börse überhaupt nur eine beschränkte blieb, so hob sich letztere doch einigermaßen vortheilhaft gegen die vorhergegangenen Tage ab. Der Verkehr wendete sich vorzugsweise einheimischen Papieren zu und concentrirte sich vornehmlich auf deutsche Eisenbahnwerthe und deutsche Fonds. Anfanglich zeigte sich meist noch eine etwas gedrückte Stimmung, man glaubte, an die mehrthätige Veranlassung der Konferenz keine zu günstigen Reflexionen knüpfen zu dürfen und aus dieser Ungewissheit entsprang eine Verstimmung, die dem ganzen Verkehr die Signatur hätte geben müssen, wenn nicht die bereits erwähnte Strömung auf dem einheimischen Markte als Gegengewicht sich erfolgreich gezeigt hätte. Später eintreffende Coursmeldungen von der Wiener Börse gaben auch der Speculation in den internationalen Werthen einen Impuls a la hausse vorzugehen. In Folge dessen schlossen diese Effecten, obgleich sie unter den gestrigen Schlusscoursen eingeseht hatten, mit kleineren Abwänden. Besonders animirend wirkte die für Lombarden gemeldete ca. 107,000 fl. betragende Mehreinnahme. Dies in der letzten Zeit arg vernachlässigte Papier trat in verhältnismäßig recht lebhaften Verkehr. Die Deutscher Reichsbank Nebenbahnen trugen eine recht feste Prognose. Galizier behaupteten sich auf gestriger Notiz. Auch Rudolf's-Bahn, Böhmisches West- und Elisabeth-Bahn waren beboztigt. In den localen Speculationseffecten hatte der Umsatz etwas erweiterte Dimensionen angenommen und konnten die Notierungen etwas höher gestellt werden. Vorimund Union zeigte sich in einiger Frage, der gegenüber es trotz erhöhter Notiz an Abgehern fehlte. Disconto-Commandit 106,80 ult. 106,25–106,75, Laurahütte 71, ult. 70,60–70,90. Nach schmachdem Anfang gewannen auch die ausländischen Staatsanleihen an Festigkeit und stellte sich das Coursniveau im Allgemeinen etwas höher als gestern. Russische Werthe anziehend, besonders fundirte Anleihen. 5proc. Anleihe



per ult. 82 1/2 - 82 - 82 1/2, preussische und deutsche Staatspapiere lebhafter und sehr fest. Von einheimischen Eisenbahn-Prioritäten vorzugsweise 4 1/2 procentige gefragt, Magdeburg-Leipzig besonders beliebt. Ausländische Prioritäten fest aber ruhiger. Auf dem Eisenbahn-Aktienmarkt herrschte eine ziemlich feste Haltung und ließ auch der Verkehr Regsamkeit nicht vermessen. Anhalter, Potsdamer, Stettiner und Halberstädter höher. Rheinische Lit. B. waren zur Capitalanlage begehrt. Leichte Bahnen ruhiger. Nummern lebte und steigend. Stamm-Prioritäten-Aktien, besonders Halle-Sorau-Guben beliebt. Bank-Aktien erlitten sich guter Festigkeit. Centralbank für Industrie befand sich gute Festigkeit. Spiritus-Werte besser. Deutsche Bank zu höherem Course regte. Preussische Bodencredit fest. Sächsische Creditbank steigend. Antwerpener Centralbank höher. Weimarsche Bank und Schaaffhausen in lebhaftem Verkehr. Preussische Hypothek-Aktienbank gedrückt. Hannoversche Bank matt. Industriepapiere fanden etwas mehr Beachtung. Große Pferdebahn behauptete sich in sehr fester Haltung. Dönn-Fabrik Dankberg anziehend. Dessauer Gas besser. Glaugiger Jüderfabrik steigend. Linde Waggonfabrik zu höherem Course gefragt. Freund Maschinenbau angeboten und matt. Montanwerte haben fast sämtlich guten Verkehr aufzuweisen. Gelsenkirchen regte. Hedenbüttel beliebt. König Wilhelm Krenberg und Köln. Bergwerk höher. Donnersmard lebhaft und gefragt. Bochumer Bergwerk niedriger. Hibernia nachgebend, ebenso Köln-Münster und Pluto.

Um 2 1/2 Uhr: Schwächer. Credit 228,50, Lombarden 127,00, Franzosen 408,50, Reichsbank 152,75, Disconto-Commanbit 106,50, Laurabütte 70,90 Br., Köln-Mündener 101,00, Rheinische 110,50, Bergische 80,25, Färren 12, 5 1/2, Ruffische Anleihe 82, Italiener 71, Oester. Goldrente 58,25, Silberrente 53,90, Papierrente 49,40.

### Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 5. Jan., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 12. Pariser Wechsel 81, 17. Wiener Wechsel 162, 20. Böhmische Westbahn 134 1/2. Elisabethbahn 110 1/2. Galizier 166. Franzosen 204 1/2. Lombarden 64 1/2. Nordwestbahn 97. Silberrente 54 1/2. Papierrente 49 1/2. Ruffische Bodencredit 79 1/2. Russen 1872 83. Amerikaner 1885 101 1/2. 1860er Loose 96. 1864er Loose —. Creditactien 114 1/2. Oesterreichische Nationalbank 655, 00. Darmst. Bank 99. Berliner Bankverein —. Frankfurter Wechselbank —. Oester. deutsche Bank —. Meiningen Bank 69. Hessische Ludwigsbahn 95 1/2. Oberhesse —. Ungarische Staatsloose 129, 70. do. Schatzanweisungen alte 79 1/2. do. Schatzanweisungen neue 77 1/2. do. Ostbahn-Obligations II. 54 1/2. Central-Pacific 98 1/2. Reichsbank 153 1/2. Silbercoupons —. Goldrente 58 1/2.

Die Frankfurter Bank setzt von morgen ab den Disconto auf 4 pCt. herab. Hiemit fest. Renten und Loose lebhaft und höher. Privatdisconto 3 pCt. \*) per medio resp. per ultimo.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 114 1/2, Franzosen 204 1/2, 1860er Loose —, Galizier —, Lombarden —, Silberrente —, Goldrente —.

Hamburg, 5. Jan., Nachmittags. [Schlußcourse.] Hamburger St.-B.-Actien 115 1/2, Silberrente 54, Goldrente —, Credit-Actien 113 1/2, 1860er Loose 95 1/2, Franzosen 510, Lombarden 156, Ital. Rente 72, Vereinsbank 116 1/2, Laurabütte 70 1/2, Commerzbank 98 1/2, Norddeutsche 122, Anglo-deutsche 44, Internationale Bank 84, Amerikaner der 1885 96, Köln-Münster. St.-B. 100, Rhein-Eisenbahn do. 110, Bergisch-Mark. do. 80, Disconto 3 1/2 pCt. Schluß matt.

Silber in Waren pr. 500 Gr., fein Mt. 84,50 Br., 83,50 Gd. Wechselnotirungen: London lang 20, 35 Br., 20, 29 Gd., London kurz 20, 44 Br., 20, 38 Gd., Amsterdam 168, 10 Br., 167, 50 Gd., Wien 161, 00 Br., 159, 00 Gd., Paris 80, 75 Br., 80, 35 Gd., Petersburger Wechsel 246, 50 Br., 241, 50 Gd.

Hamburg, 5. Jan., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine fest. Roggen loco ruhig, auf Termine fest. Weizen pr. April-Mai 227 1/2 Br., 226 1/2 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 229 1/2 Br., 228 1/2 Gd. — Roggen pr. April-Mai pr. 167 Br., 166 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 168 Br., 167 Gd. — Hafer ruhig. — Gerste matt. — Rüböl matt, loco 78 1/2, pr. Mai pr. 200 Pfd. 77 1/2. — Spiritus still, pr. Januar-Februar 44 1/2, pr. Februar-März 44 1/2, pr. April-Mai 45, pr. Mai-Juni pr. 100 Liter 100 1/2. — Kaffee lebhaft, Umsatz 6000 Sack. Petroleum matt, Standard white loco 20, 50 Br., 20, 00 Gd., pr. Januar 20, 50 Br., per Februar-März 18, 50 Br. — Wetter: Feucht.

Liverpool, 5. Jan., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Nutzwolliger Umsatz 20,000 Ballen. Stramm.

Liverpool, 5. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 20,000 Ballen, davon für Speculation und Export 4000 Ballen. Höher.

Middl. Orleans 7 1/2, middl. fair Orleans —, middl. amerikanische 6 1/2, fair Dollarsch 5 1/2, middl. fair Dollarsch 5 1/2, good middl. Dollarsch 5 1/2, good middl. fair Dollarsch —, middl. Dollarsch 4 1/2, fair Bengal 4 1/2, good fair Broad —, new fair Comra —, good fair Comra 5 1/2, fair Madras 5 1/2, fair Bernam 6 1/2, fair Smyrna 5 1/2, fair Egyptian 6 1/2, good fair Egyptian —.

Manchester, 5. Jan., Nachmittags. 12r Water Armitage 8 1/2, 12r Water Taylor 8 1/2, 20r Water Micholls 10 1/2, 30r Water Gidlow 11 1/2, 30r Water Clayton 12, 40r Mule Mavoll 11 1/2, 40r Medio Wilkinon 13, 30r Warpcops Qualität Rowland 12, 40r Double Weston 12 1/2, 60r Double Weston 16, Printers 11 1/2, 11 1/2 pCt. 108. Preise steigend.

Newport, 5. Januar, Abends 6 Uhr. [Schlußcourse.] Gold-Agio 6 1/2. Wechsel auf London 4, 84 1/2. % Bonds de 1885 109 1/2, dito 5 % fundirte Anleihe 111 1/2. % Bonds de 1887 113. Erie-Bahn 9 1/2. Baumwolle in Newport 13, do. in New-Orleans 12 1/2. Raff. Petroleum in Newport 27. Raff. Petroleum in Philadelphia 27. Mehl 5, 95. Mais (old mixed) 64. Rother Frühjahrsweizen 1, 44. Coffee Rio 20 1/2. S. hanna-Zucker 9 1/2. Getreidefracht 6 1/2. Schmalz (Marke Wilcox) 11 1/2. Sped (short clear) 9 1/2.

Paris, 5. Jan., Mittags. Rohzucker behauptet, Nr. 10/13 pr. Januar pr. 100 Kilogr. 79, 50, Nr. 7/9 pr. Jan. pr. 100 Kilogr. 84, 50. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Januar 87, 75, pr. Februar 88, 25, pr. Januar-April 89, 50.

Antwerpen, 5. Jan., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen unverändert. Roggen ruhig. Hafer vernachlässigt. Gerste festig.

Antwerpen, 5. Jan., Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 48 Br., u. Br. pr. Januar 47 bez., 47 1/2 Br., pr. Februar 45 1/2 bez., 46 Br., pr. März 45 Br., pr. April 45 Br. Weichend.

Bremen, 5. Jan., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 19,00 bez., pr. Januar 19,00 bez., pr. Februar 17,75, pr. März 17,00.

\* Breslau, 6. Januar, 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen sehr fest, bei schwachen Zufuhren Preise gut preisbehaltend.

Weizen in sehr fester Stimmung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 17—19,20—21,40 Mark, gelber 17,40—19,00—20,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahl.

Roggen, zu notirten Preisen gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. neuer 15,60 bis 17,20 bis 17,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahl. Gerste ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neue 13,60 bis 14,80 Mark, weisse 15,20—15,80 Mark.

Hafer schwach preisbehaltend, pr. 100 Kilogr. neuer 13,50—14,60—15,50 Mark.

Mais nur trockene Qualitäten verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 11,50 bis 12,50—13,70 Mark.

Erbfien niedriger, pr. 100 Kilogr. 13,50—14,50—15,50—17 Mark. Bohnen mehr begehrt, pr. 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Mark. Lupinen mehr offerirt, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark, blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Widen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. 13—14—15 Mark. Deljaaten ohne Aenderung. Schlaglein mehr begehrt.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinfaat	26 50	25	22 50
Winterraps	33 50	31 50	30 50
Winterrüben	33	30	29
Sommerrüben	31	29	28
Leindotter	27	26	23 50

Rapskuchen ruhiger, pr. 50 Kilogr. 7,20 bis 7,60 Mark. Leinfaden unverändert, pr. 50 Kilogr. 9—9,50 Mark.

Kleeftreu gute Kaufkraft, rother sehr fest, pr. 50 Kilogr. 54—62—69 bis 75 Mark, — weißer leicht verkäuflich, pr. 50 Kilogr. 58—67—75—82 Mark, hochfeiner über Notiz.

Lohnthee unverändert, pr. 50 Kilogr. 23—27—30 Mark. Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein alt 33 bis 34 Mark, neu 29—30 Mark, Roggen fein 26,75—27,75 Mark, Hausbuden

25,75—26,75 Mark, Roggen-Zuttermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkleie 8 bis 9 Mark.

### Berliner Börse vom 5. Januar 1877.

Fonds- und Geld-Course.	
3 Monats Anleihe	104,10 bz
do. da 1876	95 bz
Staats-Anleihe	95 bz
Staats-Schuldenscheine	92,80 bz
Präm.-Anleihe v. 1885	139,50 bzB
Serinin Stadt-Oblig.	102 bzB
Berliner	101,90 B
Pommersche	82,90 bz
do.	84,50 bz
do. do.	101,00 bz
do. do.	93,80 bz
Pommersche neue	84 G
Schlesische	95,10 bzG
Landschaftl. Central	94,80 bz
Kur-u. Neumark	95 bz
Pommersche	94,80 bz
Pommersche	95 B
Westfal. u. Rhein	94,90 bz
Sächsische	95,90 bz
Schlesische	95 bz
Sächsische Präm.-Anl.	119 bz
Sächsische 4% Anleihe	122,50 bzG
Ostb.-Münd.-Präm.-Anl.	107,40 bz
Sachs. Rente von 1876	70,90 etbz

Eisenbahn-Stamm-Aktien.	
Divid. pro 1874	3,75 Zf.
Aachen-Masticht	1 1/4 20,25 bzG
Berg-Märkische	2 4 79,75/80,25 bz
Berlin-Anhalt	8 4 106,00 bzG
Berlin-Dresden	5 2 1/2 29,00 bzG
Berlin-Görlitz	5 4 24,25 bzG
Berlin-Hamburg	12 1/2 10 168,75 bz
Berlin-Nordbahn	12 1/2 fr.
Berlin-Potsdam	3 4 73,75 bzG
Berlin-Stettin	9 4 119,00 bzG
Böhm. Westbahn	5 5 66,75 bz
Breslau-Freib.	7 1/2 6 69,50 bz
Cöln-Minden	4 1/2 101,00 bz
do. Lit. B.	5 5 —
Cuxhaven, Eisenb.	5 5 —
Dux-Bodenbach	0 0 6,30 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	8 1/2 4 83,40 bz
Halle-Sorau-Gub.	0 0 11,40 G
Hannover-Altenb.	0 0 13,75 bz
Kaschau-Oderberg	5 5 33,20 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5 5 40,30 bzG
Ludwigsb.-Bexb.	9 4 176,00 bzG
Märk. Posener	6 0 16,00 bzG
Magdeh.-Halberst.	3 6 104,50 bzG
Magdeh.-Leipzig	14 14 —
do. Lit. B.	4 4 —
Mainz-Ludwigsb.	6 6 95,25 bz
Niedersch.-Märk.	4 4 85,75 B
Oberschl. A.C.D.E.	12 10 128,75 bz
do. B.	12 10 120,00 bzG
Oesterr.-Fr. St.-B.	5 6 469-469 bz
Oest. Nordwestb.	5 5 199,20 B
Oest. Südb. (Lomb.)	1 1/2 0 125,50-26,50 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	1 1/2 0 23,60 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	1 1/2 0 185,25 bz
Reichenb.-Pard.	4 1/2 4 41 bz
Rheinische	8 8 109,75-10,50 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4 4 91 bz
Rhein-Nahe-Bahn	9 0 11,00 bzG
Rumän. Eisenbahn	4 2 13,00 bz
Schweiz Westbahn	0 0 25,00 G
Stargard-Posener	4 1/2 4 100,75 bzG
Thüringer Lit. A.	7 1/2 4 128,00 bz
Warschau-Wien.	10 7 185,50 bz

Hypotheken-Certifikate.	
Arapp'sche Partial-Obl.	103 bz
Bank. Pr. d. Pr. Hyp.-B.	99,25 bzG
Bank. Pr. d. Pr. Hyp.-B.	99,75 bzG
deutsche Hyp.-B.-Pr.	95,75 bzG
do. do.	101 bz
do. do.	101,25 bz
do. do.	100,50 bzG
do. rückz. ab 1105	105 G
do. do.	98,40 bz
Bank. H. d. Pr. d. Pr. B.	102,25 bz
do. III. Em.	100 G
Südb. Hyp. Schuld. do.	101 bz
Hyp.-Anth. Nord.-G.-B.	101 bzG
do. do. Pfandbr.	105 bz
Comm. Hyp.-Briefe	100,50 bz
do. do. II. Em.	108 bz
do. do. III. Em.	107,50 bz
do. 5% Pf. rückz. ab 1115	101,50 bz
do. 4 1/2 do. do. m. 110	95,25 G
do. 4 1/2 do. do. m. 110	102,75 G
do. Hyp.-Präm.-Pfd.	—
Oest. Silberpfandbr.	6 1/2 —
do. Hyp.-Präm.-Pfd.	—
Schles. Bodencred.-Pfd.	94 G
do. do.	94 1/2 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfd.	101,50 G
do. do.	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5 1/2 —

Ausländische Fonds.	
Oest. Silber-R. (4 1/2 %)	54,10 bz
do. 1 1/2 %	54,10 bz
do. Goldrente	49,60 bz
do. Papierrente	49,60 bz
do. 4 1/2 % Präm.-Anl.	91,20 G
do. Lott.-Anl. v. 69	96,40 etbzB
do. Credit-Loose	288,10 G
do. 6 1/2 % Loose	238,50 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	149,90 bz
do. do. 1886	143 bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	78,75 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	80 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	71,25 G
Poln. Pfandbr. III. Em.	71 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	62,90 bzB
Amerik. rückz. p. 1881	104,50 G
do. do. 1885	101,50 G
do. 5% Anleihe	102,20 bz
Französische Rente	—
ital. neue 5% Anleihe	71,75 bzG
ital. Tabak-Oblig.	61,10 bzG
Kaab-Grazer 100 Thlr. A.	64,60 G
Rumänische Anleihe	82,50 bz
Fürkische Anleihe	12 bz
Öng. 5% St.-Eisenb.-Anl.	66,30 etbzB
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Finnische 10 Thlr.-Loose	39,30 bzB
Türkische Loose 27,20 bz	—

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien.	
Berg-Märk. Serie II.	84,25 bzG
do. III. v. 84	97,60 bzG
do. do. v. 84	97,60 bzG
do. Hess. Nordbahn	103 bz
Berlin-Görlitz	102,50 bz
do. Lit. C.	88 B
do. Lit. C.	85 B
Breslau-Freib. Lit. D.	84 B
do. do. E.	—
do. do. F.	—
do. do. G.	—
do. do. H.	—
do. do. I.	—
do. do. J.	—
do. do. K.	80,75 bz
do. do. L.	98,25 etbzB
Cöln-Minden III. Lit. A.	99,50 G
do. Lit. B.	98,75 bzG
do. Lit. C.	91,60 bz
do. Lit. D.	90,25 bz
Halle-Sorau-Guben	93,50 G
Hannover-Altenbeken	93,50 G
Märkisch-Posener	—
M. M. Staatsb. I. Ser.	95,50 G
do. II. Ser.	95 B
do. Obl. I. u. II.	96,50 B
do. do. III. Ser.	96,50 B
Berschles. A.	—
do. B.	55,50 bz
do. C.	—
do. D.	91,75 B
do. E.	84 G
do. F.	101,10 G
do. G.	101,25 G
do. H.	101,25 G
do. von 1869	102 bz
do. von 1874	97,50 bz
do. Brieg-Neisse	94 G
do. Cosel-Oderb.	102,25 bzB
do. Stargard-Posen	—
do. do. II. Em.	98,75 G
do. do. III. Em.	98,75 G
do. Ndrschl.-Zwgb.	77 B
Ostpreuss. Südbahn	101,50 G
Rechte-Oder-Übr-B.	100,30 bzG
Schlesw. Eisenbahn	99,25 bzG
Chemnitz-Komotau	94,30 bzG
Dux-Bodenbach	35,90 bzG
do. II. Emission	21,50 G
Prag-Dux	80,40 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	78,30 bz
do. do. neue	53,20 bzB
Kaschau-Oderberg	48,10 bz
Üng. Nordostbahn	46,80 G
Üng. Ostbahn	62,40 B
Lemberg-Czernowitz	61,99 G
do. do. III.	64,25 G
Sächsische Grenzbahn	52,90 bz
Schr.-Schl. Centralb.	12,75 G
do. II.	—
Kronpr.-Rudolf-Bahn	59,80 G
Oesterr.-Französische	311,25 bzG
do. do. II.	226,30 bz
do. südl. Staatsbahn	239,50 bz
do. neue	230,30 bz
do. Obligationen	76,25 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	50,40 bz
Warschau-Wien II.	94,20 bz
do. III.	89,50 G
do. IV.	83 bzB
do. V.	78,80 bz

Bank-Papiere.	
Allg. Deut. Hand.-G.	5 0 24,00 G
Anglo-Deutsche Bk.	0 3 43,50 G
Berl. Kassen-Ver.	17 1/2 139,00 B
Berl. Handels-Ges.	7 5 69,50 G
do. Prod.-u. Hds.-B.	10 1/2 91,00 bzG
Braunschw. Bank	7 1/2 99,80 G
Bresl. Disc.-Bank	2 1/2 67,75 G
Bresl. Makl.-Ver.	4 4 —
Bresl. Wechselb.	3 1/2 4 71,00 G
Coburg. Cred.-Bk.	4 2 60,00 G
Danziger Priv.-Bk.	6 1/2 114,00 G
Darmst. Creditb.	10 6 98,75 bz
Darmst. Zettelb.	6 1/2 94,25 G
Deutsche Bank	5 3 80,50 bzG
do. Reichsbank	— 4 1/2 122,75 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7 1/2 94,25 G
Disc.-Comm.-Anst.	12 7 108,80 bz
do. do. u. H.	12 7 106,25-75 bz
Genossensch.-Bk.	6 1/2 88 G
do. junge	5 1/2 95,00 G
Gwb. Schenstern u. C.	9 0 3,90 G
Goth. Grundcred.	9 8 101,00 bzG
Hamb. Vereins-B.	11 1/2 116,50 G
Hannov. Bank	6 1/2 101,50 bzG
Königsb. Ver.-Bank	5 1/2 81,00 G
Lndw.-B. Kwikleki	6 1/2 62,50 G
Leips. Cred.-Anst.	9 1/2 107 G
Luxemburg. Bank	9 6 90,10 G
Magdeburger do.	5 1/2 105 B
Meiningen do.	4 1/2 69,25 B
Moldau-Lös.-Bk.	3 0 —
Nordb. Bank	10 0 121,50 G
Nordd. Grundcred.	9 1/2 95,50 bzG
Oberlausitzer Bk.	0 2 39,00 G
Oest. Cred.-Actien	6 1/2 228-230
Posner Prov.-Bank	5 1/2 98,00 G
Pr. Bod.-Cr.-Act. B.	8 8 94,50 etbzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9 1/2 116,30 bz
Sächs. Bank	10 1/2 119,75 bzB
Sächs. Cred.-Bank	5 1/2 95,50 bzG
Schl. Bank-Verein	5 5 86,50 bzG
Schl. Vereinsbank	5 5 86 G
Thüringer Bank	7 0 70 G
Weimarer Bank	5 1/2 41 bzG
Wiener Unionsb.	5 2 1/2 75,00 G

In Liquidation.	
Berliner Bank	0 0 fr. 88,75 G
Berl. Bankverein	4 1/2 0 fr. 86 G
Berl. Lombard-B.	0 0 fr. —
Berl. Prod.-Makl.-B.	0 0 fr. 57,50 B
Berl. Wechselb.	0 0 fr. —
Centralb. I. Genos.	0 0 fr. 95,00 bz
Deutsche Unionb.	3 0 fr. 85,00 G
Hannov. Disc.-Bk.	0 0 fr. 93,25 G
Hessische Bank	0 0 fr. 66,00 G
Ostdeutsche Bank	6 0 fr. 99 B
Pr. Credit-Anstalt	0 0 fr. —
Ver.-Bk. Quistorp	0 0 fr. 1,50 G

Industrie-Papiere.	
Berl. Eisenb.-Bd.-A.	7 1/2 0 715,00 B
D. Eisenbahn-G.	0 0 4 8,50 bzB
do. Reichs-u. Co.-E.	4 0 4 69,00 bzG
Mark-Sch.Masch.G.	0 0 4 14,10 bzG
Nordd. Gummiab.	5 1/2 0 52,